Namslauer Stadtblatt.

49. Jahrgang. **Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden** Fernsprecher 224.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich **zweimal: Mittwoch** und **Sonnabend** und kostet in der Geschäftsstelle 5,75 Mk., in den Verkaufsstellen 6,00 Mk., durch die Post bezogen 6,30 Mk. vierteljährlich.
Einzelne Nummer 30 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 50 Pf.
Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung bezw. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

Anzeigen-Preise:
Für die **einspaltige** Korpuszeile oder deren Raum 1,25 Mk., für Auswärtige 1,50 Mk., im **Reklameteil** (am Schluß des redaktionellen Teils) die zweispaltige Petitzeile 3,00 Mk. — **Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor.** Für Anzeigen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.**
Beilagegebühr nach Vereinbarung.

Nr. 96 | Verantwortlich für Schriftleitung: Karl Opitz, Namslau. | Sonnabend, den 3. Dezember. | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Opitz, Namslau. | **1921.**

Bekämpfung der Valutakatastrophe?

W. W. Allem Anschein nach haben leider diejenigen Recht, welche die gegenwärtige Entwertung der deutschen Valuta nicht für vorübergehend halten. Man muß also damit rechnen, daß die Mark im Auslande jetzt nur noch den 4. oder gar 5. Teil der Kaufkraft hat, die sie im Sommer dieses Jahres besessen hatte. Was das für die deutsche Volkswirtschaft bedeutet, ist der breiten Oeffentlichkeit bisher noch lange nicht klar genug geworden. Man empfindet schmerzlich die neue Teuerungswelle, die über Deutschland dahin geht, man empört sich über den Ausverkauf durch das Ausland, durch den uns Deutschen die Waren entzogen und die Preise verteuert werden, — aber man denkt nur selten daran, daß dies erst der Anfang einer weiteren Preissteigerung sein muß, wenn die deutsche Valuta sich nicht bessert; denn — das ist der ausschlaggebende Faktor — die jetzige niedrige Kaufkraft, welche die Mark im Auslande besitzt, ist im Inlande bisher nur zum Teil wirksam geworden. Bei uns sind in den letzten Monaten die Preise im Durchschnitt um ca. 50—100 % gestiegen; auf dem Weltmarkt aber muß man jetzt, wenn man den Preis in Mark ausdrückt, 400—500 % mehr als im Sommer bezahlen.

Nun können die deutschen Inlandspreise keine von den Weltmarktpreisen unabhängige Entwicklung nehmen. Sie steigen zwar nicht gleichlaufend mit einer Valutaverschlechterung und passen sich ihr vielleicht sogar nicht restlos an, aber sie werden durch sie doch in sehr hohem Maße beeinflußt. Unser Wirtschaftsleben ist nämlich durch unzählige Fäden mit der Weltwirtschaft verbunden, selbst in dem von der Weltwirtschaft abgeschnittenen Rußland haben die Preise eine schwindelnde Höhe erreicht. Wichtige Zweige der deutschen Industrie sind auf den Bezug ausländischer Rohstoffe angewiesen, z. B. auf Kupfer und Baumwolle. Gelangen später Fabrikate aus Rohstoffen, die zu den jetzigen Preisen importiert sind, zum Verkauf, so müssen natürlich auch die Verkaufspreise entsprechend hoch sein. Aber nicht genug: Gewaltige Mengen von Lebensmitteln werden aus dem Auslande bezogen, um die deutsche Bevölkerung zu versorgen; denn die deutsche Landwirtschaft ist gegenwärtig nicht in der Lage, sämtliche benötigten Nahrungsmittel hervorzubringen, zumal durch den Versailler Vertrag wertvolle agrarische Ueberschußgebiete verloren sind. Kann es da wundernehmen, daß mit der Geldentwertung auch die Preise für die Nahrungs- und Genußmittel, die aus dem Auslande stammen, steigen! Es sei hier als Beispiel an die Kolonialwaren erinnert oder an die Margarine, deren Rohstoffe fast sämtlich eingeführt werden müssen. Gerade bei diesen Waren ist ja auch den breitesten Schichten der Bevölkerung die Preissteigerung bisher am deutlichsten zum Bewußtsein gekommen, und doch darf man nicht vergessen, daß die jetzt zum Verkauf gelangenden Waren noch aus Rohstoffen hergestellt sind, die vor dem Riesensturz der Mark in den letzten Oktobertagen importiert worden sind. Aber auch die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Deutschlands werden zum großen Teil in ähnlicher Weise wie die industriellen von der Geldentwertung betroffen. Die deutsche Landwirtschaft ist auf zahlreiche ausländische Produktionsmittel — wie Futtermittel, Phosphorsäuredünger u. a. angewiesen. Immerhin ist sie nicht in demselben Maße wie viele Industriezweige vom Weltmarkte unmittelbar abhängig; daher steigen ihre Erzeugnisse auch nicht so schnell im Preise wie andere Produkte. Anderseits muß aber bei fortschreitender allgemeiner Geldentwertung auch die Landwirtschaft höhere Preise für Arbeitslöhne sowie Produktionsmittel deutschen Ursprungs — Düngemittel, Kohlen, elektrische Kraft, Maschinen usw. — bezahlen und ihre Preise entsprechend heraufsetzen.

Angesichts dieser Sachlage ergibt sich die Frage, wie sich die fortschreitende Verschlechterung der Valuta und damit die Preissteigerung verhindern läßt. — Durchgreifendes kann man nicht schaffen, solange auf Deutschland die Bedingungen des Versailler Vertrages, zumal die Reparationszahlungen, lasten. Aber eine Hemmung der Geldentwertung und vor allem eine weitsichtige Maßnahme für eine Zeit, wo Deutschland nicht mehr für das Ausland arbeiten muß, besteht in der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Durch solche wird nicht nur die Handels- und Zahlungsbilanz günstiger gestaltet, sondern auch ein ideeller Wert für die Beurteilung der deutschen Wirtschaftslage durch das Ausland geschaffen, wodurch wenigstens einer weiteren Geldentwertung entgegen gearbeitet wird. Die Durchführung dieser Produktionssteigerung ist in erster Linie Sache der Landwirtschaft selbst, sie darf **aber nicht durch wirklichkeitsfremde Erlasse vom grünen Tisch gehemmt werden.**

Die Frage eines Zahlungsaufschubs für Deutschland.

London, 30. November. Im Zusammenhang mit der Anwesenheit des englischen Vertreters in der Wiederherstellungskommission, Bradbury, in London sowie mit dem kürzlich stattgefundenen Besuch Stinnes' in London und schließlich mit dem gegenwärtigen Aufenthalt Dr. Rathenaus in London brachte die „Daily Mail" aus der nächsten Umgebung von Bradbury unter der Ueberschrift „Ein Zahlungsaufschubsvorschlag für Deutschlands Schuldenverpflichtungen" die Nachricht, daß die englische Regierung im Begriffe stehe, die bemerkenswerte Anregung zu machen, man solle Deutschland ermöglichen, seine Zahlungen an die Verbündeten während der nächsten zwei bis drei Jahre aufzuschieben. Zur näheren Begründung dieses Zahlungsaufschubs wird ausgeführt:

Die bedenkliche Lage der deutschen Finanzen und der kürzliche Besuch von Hugo Stinnes in London habe die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf die Reparationszahlungen Deutschlands vom 15. Januar gelenkt. Der Kurssturz der deutschen Mark habe seine vernichtende Wirkung auch auf den britischen Handel ausgeübt. Der deutsche Markt ist den englischen Waren nunmehr so gut wie verschlossen. Bradburg hat auf Grund der Berliner Reise der Reparationskommission eine Denkschrift ausgearbeitet, die vom englischen Kabinett demnächst erörtert werden wird. Man kann bereits vorweg nehmen, daß diese Denkschrift zu dem Schluß kommt, die englische Regierung müßte sofort eine Stundung der deutschen Reparationsschulden für die Zeit von zwei bis drei Jahren einräumen. Man erhofft von einer solchen Maßnahme eine sofortige Erholung der Handelsbeziehungen Deutschlands. So wie die Dinge jetzt liegen, kann Deutschland seine Zahlungen nur durch vermehrte Notausgabe begleichen, wodurch der Wert der Mark noch tiefer heruntergesetzt wird. Das Stundungsangebot des Verbandes wird deshalb an die Bedingung geknüpft, daß die deutsche Regierung diese gefährliche Papiergeldausgabe einstellt und dagegen die deutschen Großindustriellen zu einer noch stärkeren Besteuerung heranzieht.

Ueber die Haltung der französischen Regierung zu diesem Vorschlage zu prophezeien, wäre noch verfrüht, aber es steht ganz außer Frage, daß die Schwierigkeit der deutschen Lage auch den Franzosen nicht entgangen sein kann. Diejenigen französischen einsichtigen Kreise, die den Zustand der europäischen Wirtschaftsverhältnisse näher studieren konnten, stehen solchem Vorschlag günstig gegenüber. Deutschland müsse natürlich gewisse Zahlungen in Form von Sachleistungen fortsetzen, und die anderen Zahlungen sollen nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben werden.

Soweit die „Daily Mail". Der Schlußsatz läßt das Hauptargument des bevorstehenden englischen Vorschlages erkennen, soweit dieses Argument gegen Frankreich in Stellung gebracht werden soll. Dieses Argument besteht im Wiesbadener Abkommen, das Frankreich in die Lage setzt oder zwingt, die englischerseits gesuchte Art, die Wiederherstellungsprobleme zu lösen, anzunehmen.

Wtb. London, 29. November. „Daily News" berichtet, daß die Londoner City einen Zahlungsaufschub gut heiße.

Wtb. London, 29. November. Reuter erfährt, daß die britische Regierung die deutschen Wiederherstellungsfragen **jetzt von allen Gesichtspunkten aus eingehend behandele.**

Bedingungen für etwaige Zahlungsstundung.

Paris, 30. November. Ueber den Bericht des englischen Finanzsachverständigen und Mitgliedes der Wiederherstellungskommission Bradburg, der für den Gang der gegenwärtigen Londoner Besprechungen zwischen deutschen und englischen Vertretern maßgebend ist, wird folgendes bekannt:

Die Stundung soll an gewisse Bedingungen geknüpft sein. So müsse Deutschland seine Finanzen reorganisieren und die Kontrolle einer interalliierten Ueberwachungskommission dulden, und zwar zu dem Zweck, um das Gleichgewicht des Reichshaushaltes wieder herzustellen und dem Markkurs wieder auf die Beine zu helfen. Man erwägt dabei eine Eisenbahn-Tarifreform. Ferner soll die Einfuhr noch höher besteuert werden und das Gefüge der Verbrauchssteuern wird ausgebaut werden müssen. Man spricht sogar von einer großen Währungsreform in großem Maßstabe in dem Sinne nämlich, daß etwa drei Viertel des Notenumlaufs, der gegenwärtig 102 Milliarden beträgt, eingezogen werden.

Die Besprechungen Rathenaus in London.

Wtb. London, 30. November. Dem politischen Berichterstatter des „Daily Mail" zufolge hatte Rathenau gestern abend eine Unterredung mit dem Schatzkanzler Sir Robert Horne, um die Frage der Wiederherstellungszahlungen zu erörtern. Eine weitere Zusammenkunft zwischen Rathenau und Horne ist wahrscheinlich, bevor Rathenau London wieder verläßt. Rathenau hatte gestern zweimal mit dem Direktor der Bank von England Besprechungen, um die finanzielle Lage vom Bankstandpunkt aus zu erörtern.

„Daily Mail" berichtet weiter, daß die Frage eines Zahlungsaufschubs für Deutschland von Horne eingehend erwogen werde. Es wird offiziell mitgeteilt, daß diese Frage später vom Kabinett beraten wird. Zuverlässig könne mitgeteilt werden, daß die führenden Bankiers Englands für diesen Beschluß eintäten.

Wtb. London, 30. November. Der parlamentarische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt: Im Hinblick auf die Tatsache, daß die britische Regierung daran sei, die gesamte Wiederherstellungsfrage im Lichte der augenblicklichen chaotischen und finanziellen Verhältnisse zu erörtern, fand gestern nachmittag im Schatzamt eine Konferenz der Sachverständigen statt, die über drei Stunden währte. Daran nahmen u. a. teil der Schatzkanzler, der britische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon und Sir James Bradbury. Ein von dem letzteren verfaßter Bericht wurde eingehend erörtert. Wie verlautet, sind gewisse Vorschläge entworfen worden, die dem Kabinett vorgelegt werden sollen. Die „Times" berichtet, Lord d'Abernon sei gestern mit Lloyd George zusammengetroffen.

London, 30. November. Rathenau soll, wie bereits gemeldet, heute oder, wenn er morgen noch in London ist, morgen von Lloyd George empfangen werden, der lebhaft dafür eintritt, daß Deutschland ein Zahlungsaufschub gewährt werde, weil das einem wichtigen Gedankengange des Ministerpräsidenten zufolge die Wirtschaftslage Englands erleichtere und auch die gesamte Weltfinanzlage verbessern könnte. Allerdings verhehlt man sich auch auf gewisser Seite in England nicht, daß Deutschland dank einem Zahlungsaufschub vielleicht einen zu raschen finanziellen Aufschwung nehmen und nach Ablauf des Zahlungsaufschubs überhaupt erklären könnte, daß es keine Wiederherstellungszahlungen mehr leisten wolle. Man fürchtet auch in England, daß nach erfolgter Verhandlung Rathenaus mit den englischen Regierungsmitgliedern das Kabinett Wirth vielleicht von den Nationalisten gestürzt werden könnte.

Erklärung des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Zu den gestrigen Blättermeldungen über die Präsidialsitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie erklärt der Reichsverband, daß das Präsidium sich mit der Frage der im Auslande aufzunehmenden Kredite überhaupt nicht befaßt habe; insbesondere habe auch Herr Hugo Stinnes über seinen Aufenthalt in London mit keinem Worte gesprochen.

Undurchführbar.
Die Deutschland auferlegten Wiederherstellungen.

London, 29. November. In einer Rede in Newyork erklärte der amerikanische Finanzmann Frank Vanderlip: Die den Vereinigten Staaten geschuldeten Beträge müßten für die Wiederherstellung Europas verwendet werden. Jedermann außer Frankreich gäbe zu, daß die Deutschland auferlegten Reparationen undurchführbar sind. Wenn die Reparationsbedingungen nicht wesentlich abgeändert würden, so müsse Deutschland finanziell zusammenbrechen. Es sei den Alliierten ebenso unmöglich, ihre Schulden an die Vereinigten Staaten zu bezahlen, wie es Deutschland unmöglich sei, seine Schulden an die Alliierten zu entrichten. Die den Vereinigten Staaten geschuldeten Beträge müßten daher in eine Schuld an die Menschheit umgewandelt werden.

Vertreter der deutsch-chemischen Industrie in Frankreich.

Wtb. Paris, 30. November. Als Vertreter der Interessengemeinschaft der deutschen chemischen Industrie hielt sich Generalkonsul Karl von Weinberg aus Frankfurt mehrere Tage in Paris auf, um mit den Vertretern des Reparationsausschusses über Lieferungen zu verhandeln, die sich aus den Bestimmungen des Vertrages von Versailles für die deutsche chemische und Farben-Industrie ergeben. Die Meldung der Chicago Tribune, daß die Reise des Herrn von Weinberg nach Paris in Zusammenhang stehe mit der Reise des Herrn Stinnes nach London entspricht nicht den Tatsachen.

Anschluß der englischen Regierung für das Moratorium an Deutschland.

Wtb. Paris, 30. November. Der Londoner Berichterstatter des Temps weist darauf hin, daß die britische Regierung sich der Meinung von Sir John Bradley, dem Vertreter Englands in der Reparationskommission, angeschlossen zu haben scheine, Deutschland nach der ersten oder zweiten Reparationszahlung ein Moratorium von zwei oder drei Jahren zu gewähren. Der Korrespondent weist auf die Artikel 233 und 234 des Friedensvertrages hin und auch auf § 13. Anhang 2 des Teiles 8 über die Reparationen, um dann zu sagen, daß für ein Moratorium dieser Art nicht die Einstimmigkeit der Reparationskommission, sondern ein einfacher Mehrheitsbeschluß erforderlich ist.

Das Moratorium nicht der beste Ausweg.

Wtb. **London**, 1. Dezember. Der politische Berichterstatter der Westminster Gazette teilt mit, die Ansicht gehe jetzt dahin, daß ein Moratorium nicht der beste Ausweg aus der Schwierigkeit sei. Die Sachverständigen seien für eine langfristige Anleihe, die ausgegeben werden soll in Form von Obligationen, die vom Völkerbund garantiert in 30 oder 40 Jahren rückzahlbar seien. Die Bezahlung der Reparationen durch solche langfristigen Obligationen würde nicht den Nachteil haben, den Wechselkurs in Mitleidenschaft zu ziehen.

Wtb. **Paris**, 1. Dezember. Der Vertreter Englands im Reparationsausschuß, Bradbury, bestritt einem Redakteur des Intransigeant gegenüber, daß er seiner Regierung ein Memorandum überreicht oder eine Depesche geschickt habe, in der er ein Moratorium für Deutschland vorgeschlagen habe. Die Lage sei also so, daß er, Bradbury, seiner Regierung vertraulich und mündlich Mitteilungen gemacht habe, damit sie ihre Haltung bestimmen könne, wenn gewisse Eventualitäten eintreten. Die Frage des Moratoriums könne nur aufgeworfen werden, wenn die deutsche Regierung einen derartigen formellen Antrag bei der Reparationskommission stelle. Das sei bis jetzt noch nicht geschehen. Werde das Verlangen erfolgen, dann müsse die Reparationskommission es auf Grund des Wortlautes des Friedensvertrages in Erwägung ziehen.

Untätigkeit der Botschafterkonferenz gegenüber den mitärischen Sanktionen am Rhein.

Wtb. **London**, 30. November. Das Reutersche Büro meldet: Soviel in wohlunterrichteten Londoner Kreisen bekannt ist, ist kein Vorschlag an die Botschafterkonferenz gemacht worden, die militärischen Sanktionen am Rhein aufzuheben. Es verlautet, daß die ganze Frage lange erwogen worden ist; aber es ist noch kein Schritt seitens der Botschafterkonferenz unternommen worden.

Verräter gehen um!

Wie bereits gemeldet, weilte der französische General **Nollet** kürzlich in **Erfurt**, um die dortige Niederlassung der **Deutschen Werke A.-G.**, deren Zerstörung durch die interverbündete Militärkommission gefordert wurde, zu besichtigen. Direktion, Betriebsrat und Arbeiterschaft gaben sich alle erdenkliche Mühe, den General davon zu überzeugen, daß die Deutschen Werke für Waffenherstellung nicht mehr in Betracht kommen, und daß die Zerstörung, die Tausende von Arbeitern brotlos machen würde, ein **sinnloser Akt der Zerstörung** wäre. Um so trauriger ist es, daß sich in Erfurt wiederum sogenannte Deutsche gefunden haben, die sich erdreisten, ihren eigenen Volksgenossen und Arbeitskollegen durch **schamlose Angebereien** in den Rücken zu fallen. Das kommunistische „Rote Echo" in Erfurt hat sich das traurige Verdienst erworben, die Fronvögte auf die eigenen Volksgenossen loszuhetzen. Just an dem Tage, an dem Nollet das Werk Erfurt besuchte, veröffentlichte es folgende Notiz:

General Nollet wird mit seinem Stabe heut Mittwoch in Erfurt eintreffen, um den Erfurter Betrieb der Deutschen Werke zu besichtigen. Ob damit der **Abtransport der Gewehrschäfte** in Handwagen seit einer Woche in Zusammenhang steht? — In den letzten Nächten ist starker Fuhrverkehr nach und von der Schwedenschanze beobachtet worden. Ist dieser Wagenverkehr auch mit dem Besuch General Nollets in Zusammenhang zu bringen? Was wurde in den Fuhrwerken von der Schwedenschanze nach Marbach transportiert?

Es fehlen die Worte, um diesen niederträchtigen **Verrat an der Arbeiterschaft** des eigenen Volkes zu brandmarken! Was ist an der Notiz Wahres? Die Direktion des Werkes teilt hierzu mit, daß allen Angestellten und Arbeitern des Werkes (also auch den Kommunisten!) von der Direktion je zwei Zentner unbrauchbar gemachte Gewehrschäfte zu billigen Preisen als **Brennholz** abgegeben wurden, die sich jeder einzelne auf Handwagen selbst abfahren mußte. Die sogenannte Schwedenschanze gehöre überhaupt nicht zum Werk!

Das ist ein Tatbestand, den die Schriftleitung der kommunistischen Zeitung leicht hätte erfahren können, wenn sie — gewollt hätte. **Aber sie wollte nicht!** Sie brauchte etwas Neues, um die Arbeiterschaft aufzupeitschen und die feindlichen Spione grundlos gegen das eigene Volk loszuhetzen. Eine solche Niedertracht ist anscheinend nur in Deutschland möglich.

Befriedigende Aeußerung des französischen Sozialistenführers über die deutschen Werke und ihre Arbeiter.

Privattelegramme: **Berlin**, 1. Dezember. Der erste stellvertretende Vorsitzende des internationalen Gewerkschaftsbundes, der französische Sozialistenführer Jouhaux, der als Mitglied der von der internationalen Arbeiterkonferenz gebildeten Kommission zum Studium der deutschen industriellen Werke die Studienfahrt in Deutschland mitgemacht hat, erklärt einem Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung" über die von der Kommission gewonnenen Eindrücke u. a.: Wir haben die Ueberzeugung gewonnen, daß in allen Werken, die wir besichtigt haben, die Bestimmungen und Vorschriften des Friedensvertrages loyal und vollkommen erfüllt sind. Nach unserer Ansicht sind die Forderungen der interalliierten Militärkontrollkommission zum mindesten überflüssig. Eine zuverlässige Sicherheit gegen die Erneuerung der Produktion von Kriegsmaterial liegt in der Entschlossenheit der Arbeiterschaft, sich jeder unerlaubten Herstellung von Kriegsmaterial zu widersetzen.

Ausländerbesuch in den Deutschen Werken.

Berlin, 29. November. Am 28. November besuchten gelegentlich ihrer auf Einladung der deutschen Gewerkschaften und unter Führung des Ministers a. D. Wissell vorgenommenen Rundreise etwa 40 Vertreter von Regierungen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen aus den Vereinigten Staaten, Kanada, Brasilien, Südafrika, Italien, England, Frankreich, Schweden und der Schweiz, die der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf beigewohnt hatten, auf ihrer Rundreise durch die Werke der ehemaligen deutschen Rüstungsindustrie auch die Deutschen Werke in Spandau und Haselhorst. Unter Führung von leitenden Persönlichkeiten und Mitgliedern des Betriebsrates der Deutschen Werke wurde den Herren ein großer Teil der jetzt wieder in Betrieb befindlichen Werkstätten gezeigt und ihr Augenmerk auf die Teile des Werkes gerichtet, die durch die letzten Maßnahmen der Interverbündeten Kommission schon zu Stillstand und Zerstörung verurteilt sind. Das lebhafte Interesse der ausländischen Besucher äußerte sich in allerhand sachverständigen Fragen. Besonders fiel allen die große Zahl der Maschinen auf, die zur Zerstörung oder Entfernung aus den Werken bestimmt sind, während andererseits für die Betriebe anscheinend ältere, unmoderne und wenig rationell arbeitende Maschinen belassen werden sollen. Der düstere Eindruck, den die vielen stillstehenden Maschinen und die gesprengten Mauern auf die Besucher machte, wurde nur gemildert durch die Schaffensfreude, die trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen der Kommission in denjenigen Werkstätten zum Ausdruck kam, die von dem Verbande freigegeben sind. Aus allem Gesehenen mußten die ausländischen Vertreter den Eindruck gewinnen, daß die Umstellung der ehemaligen Heereswerkstätten auf die Herstellung von Friedenserzeugnissen harmlosester Art völlig durchgeführt und die Wiederaufnahme der Fabrikation von Kriegsmaterial nur nach langer Vorbereitung möglich sei.

Wirth gegen Briand.

Wie die „Germania" hört, wird im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages am Montag der Reichskanzler zu den Anschuldigungen Briands auf der Washingtoner Konferenz gegen Deutschland Stellung nehmen.

Unbestimmte Ausführungsdauer der Rüstungsbeschränkungen.

Wtb. **Kopenhagen**, 30. November. Der neuernannte amerikanische Gesandte in Kopenhagen, Dr. Prince, hielt im hiesigen amerikanischen Klub eine Rede, in der er bezüglich der Washingtoner Konferenz u. a. erklärte, es sei selbstverständlich unmöglich, zu diesem Zeitpunkt vorauszusagen, in welchem Umfange die Rüstungen eingeschränkt werden können; aber die Tatsache, daß die Welt nahe daran ist, unter den Steuerlasten zusammenzubrechen, von denen der größte Teil für Bezahlung des Krieges der Vergangenheit und Zukunft bestimmt ist, soll genügen, um die öffentliche Meinung der ganzen Welt zu einer begeisterten Unterstützung dieses Planes aufzurufen.

Heimkehr amerikanischer Truppen.

Paris, 29. November. Wie Radio aus Antwerpen meldet, ist dort gestern das erste Kontingent von 600 Mann amerikanischer Truppen, die vom Rhein aus in die Heimat zurückkehren, eingetroffen und hat sich eingeschifft. In einigen Tagen wird ein weiterer Transport von 400 Mann folgen. Das dritte Kontingent in Stärke von 1000 Mann, wird sich Anfang Dezember nach Amerika einschiffen.

Gemeindewahlen in Sachsen.

Dresden, 29. November. In Sachsen haben am Sonntag wieder eine Reihe von Gemeindewahlen stattgefunden. Es ergab sich in der großen Mehrzahl das gleiche Bild wie bei den vorangegangenen Wahlen, nämlich, daß das Bürgertum in den meisten Fällen neue Sitze gewonnen hat. Nur in Zwickau haben die Bürgerlichen eine Niederlage zu verzeichnen.

Kartoffelverhandlungen zwischen Regierung und Landwirtschaft.

Wie die Blätter aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft erfahren, hat das Ministerium die Regierungen der Länder ersucht, in den Erzeugergebieten für Kartoffeln Verhandlungen mit der Landwirtschaft, dem Handel und den Verbrauchern einzuleiten zu dem Zweck, den unmittelbaren Abschluß von Lieferungsverträgen herbeizuführen.

Verschiedene Mitteilungen aus dem Reiche.

Berlin, 2. Dezember. Der Deutschen allgemeinen Ztg. haben die deutschen Bevollmächtigten für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien in einer Reichskabinettssitzung, zu der auch die preußischen Minister hinzugezogen waren, Bericht über die Besprechungen in Genf erstattet. Der Bericht fand die allgemeine Zustimmung der Teilnehmer der Kabinettssitzung.

Der preußische Landwirtschaftsminister, Dr. Wendorff, erklärte einem Mitarbeiter des Berliner Tageblattes über sein Programm, daß eines seiner Hauptziele die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion sei. Eine Vermehrung der Anbauflächen und die Kultivierung von Oedland soll zur Erreichung dieses Zieles dienen. Der Minister werde im Landtag einen Gesetzentwurf einbringen, in dem ein Hundert-Millionen Kredit dafür gefordert werde. Hinsichtlich der Frage der Zwangswirtschaft führte der Minister aus, er glaube nicht, daß heute mit einer Erneuerung der Zwangswirtschaft etwas zu erreichen wäre. Er glaube vielmehr, daß auf dem Wege von Verhandlungen zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern durch Lieferungsverträge die Versorgung der Gemeinden gebessert werden könne.

Wie der „Vorwärts" mitteilt, haben gestern die Funktionäre des Metallkartells in einer Versammlung in Berlin den Schiedsspruch für die Metallindustrie mit großer Mehrheit angenommen. Wie die „Rote Fahne" aus Düsseldorf meldet, ist der Streik der dortigen Metallarbeiter beigelegt worden.

In einer Vollversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die das von dem allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund aufgestellte Finanzprogramm billigt und erklärt, daß die Berliner Arbeiterschaft geschlossen hinter dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund und dem Afa-Bunde bei der Durchsetzung der Programmforderungen steht.

Unruhen in Wien.

Wtb. **Wien**, 1. Dezember. In den späten Abendstunden gelang es der zahlreich aufgebotenen Polizei zu Fuß und zu Pferde, auf dem Ring einigermaßen Ruhe zu schaffen. Es waren aber noch verschiedene Trupps, vor allem in der Stadt, in Bewegung. Es gilt als nicht ausgeschlossen, daß es noch zu weiteren Ausschreitungen kommt.

Wtb. **Wien**, 1. Dezember. Die Polizei verhaftete eine Anzahl Personen, die in Lastautos unter Begleitung Berittener eingeliefert wurden. Man fand bei ihnen von den Plünderungen stammende Wertsachen, sowie Kleidungstücke. Um zu verhindern, daß verantwortungslose Elemente, die auch bei den heutigen Demonstrationen die Hauptrolle spielten, dieses Treiben neuerlich versuchen, wurden alle behördlichen Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Eine abends erschienene Kundgebung der Polizeidirektion verbietet Ansammlungen und Zusammenrottungen. Zwischen der Regierung und den politischen Parteien fanden Besprechungen statt, als deren Ergebnis eine entsprechende Wirkung auf die Bevölkerung und im weiteren Zuge die Vermeidung einer Wiederholung der heutigen Vorfälle erwartet wird.

Wtb. **Wien**, 1. Dezember. Das Achtuhr-Abendblatt berichtet über die heutigen Ausschreitungen, daß bei der Börse Wagen der Straßenbahn, die den Verkehr nicht eingestellt hatten, angehalten und die Fahrgäste herausgeholt und verprügelt wurden. In der Nähe des Parlaments versuchte man, dem Insassen eines Automobils eine Schlinge um den Hals zu legen, um ihn aufzuhängen. Er flüchtete, wurde aber wieder eingefangen und blutig geschlagen. Nur mit Mühe gelang es schließlich der Polizei, ihn zu retten. Auf dem Ringe und in anderen Straßen, die die Menge durchzog, liegen die Scherben der zerschlagenen Scheiben in Haufen und werden von der Feuerwehr fortgeschafft.

Wtb. **Wien**, 1. Dezember. Unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Bauer versammelten sich die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft von Floridsdorf und aller Wiener Bezirke. Der Sitzung wohnte auch Bundeskanzler Schober bei, ebenso Finanzminister Dr. Gürtler. Die Vertreter der Floridsdorfer Arbeiterschaft verlangte von der Regierung die Erfüllung der bereits mitgeteilten Forderungen. In der Debatte ergriff Bundeskanzler Schober das Wort und erklärte, daß die Regierung mit allem Ernste den sozialdemokratischen Finanzplan erwogen habe und kündigte u. a. an, daß gegenüber den Preistreibereien und Wuchereien radikale Abhilfe geschaffen würde. Bundesminister Gürtler wies auf eine Reihe der von ihm getroffenen Maßnahmen hin, die sich zum Teil mit den im sozialdemokratischen Finanzplan aufgestellten Forderungen decken. Der Vorsitzende Dr. Bauer nahm die vom Finanzminister gemachten konkreten Zusagen zur Kenntnis. Die Arbeiterschaft wolle energische und entschlossene Maßnahmen sehen und vor allem auch solche, durch die auch die besitzenden Kreise getroffen werden.

Lokales.

?? **Namslau**, 3. Dezember.

= **(17. Deutscher Turntag. — Schluß.)** Den zweiten Verhandlungstag eröffnete Professor Dr. Berger mit einer herzlichen Begrüßung des anwesenden Staatsministers Dominikus und des Regierungspräsidenten. Staatsminister Dominikus betonte in seiner Erwiderung die unter den neuen Verhältnissen immer wichtiger werdende Verbindung der Staatsregierung mit den Gebilden der Selbstverwaltung und sieht in dem Aufschwung, den die Pflege der Leibesübungen von selbst nimmt, eine der wenigen erfreulichen Erscheinungen der traurigen Gegenwart, ein Kennzeichen für die ursprüngliche Kraft und Gesundheit unseres Volkes. — In die Verhandlungen nun eintretend wurde, nachdem der Antrag des Kreises 14 (Sachsen), die deutschen Turnfeste in regelmäßigen Zeitabständen immer in einer bestimmten Stadt abzuhalten, zurückgezogen worden, vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß für die Abhaltung des nächsten Deutschen Turnfestes zwei Einladungen vorlägen, aus München und aus Stuttgart. Die letztgenannte Stadt nähme für sich das Vorrecht in Anspruch, da sie bereits vor dem Kriege dazu in Aussicht genommen worden sei. Indes fand das Angebot Münchens aus verschiedenen Gründen den Vorzug. Es wurde u. a. ein fester Zuschuß von 100 000 Mark zugesichert, und seitens der Stadtverwaltung die Zeichnung eines Sicherheitsstocks von 300 000 Mark versprochen. — Sollten unvorhergesehene Schwierigkeiten die Abhaltung des Festes unmöglich machen, so solle der Hauptausschuß ermächtigt werden, auf das Angebot von Stuttgart zurückzugreifen. — Der Antrag, auch ein deutsches Jugendturnfest vorzubereiten, wurde dem Hauptausschuß zur Prüfung überwiesen. — Darauf wurde der Antrag des Vorsitzenden, für die geschädigten oberschlesischen Turnvereine eine Weihnachtsspende von 50 Pf. pro Kopf einzureichen, angenommen. Da die Deutsche Turnerschaft mehr als $1^1/_4$ Millionen Mitglieder zählt, so bedeutet der Beschluß eine Spende von $^2/_3$ Millionen Mark. Die Verteilung wird dem Kreisturnrat des 2. Kreises übertragen. — Es wurden dann die zwei aus dem Vorstande ausscheidenden Mitglieder, Geh. Med.-Rat Professor Dr. Partsch—Breslau und Oberturnwart Kunath—Bremen wiedergewählt. Die Gewählten nahmen mit Dankesworten die Wahl an. — Hierauf wurde der vom Kassenwart Klöber (Oldenburg) vorgelegte Kostenvoranschlag eingehend beraten. — Der im Anschlage geforderte Kopfbeitrag von 1,50 Mk. wurde fast einstimmig beschlossen. — Schließlich wurde der Vorstand beauftragt, die Genehmigung zu einer Lotterie herbeizuführen. — Am Nachmittag des zweiten Verhandlungstages fand die Schlußsitzung statt, in der eine umfangreiche Tagesordnung erledigt wurde. Eine sehr lange Erörterung entstand über das Goetz-Haus, das seiner Zeit von der D. T. angekauft worden ist, um es ihrem langjährigem verdienstvollen Vorsitzenden als Wohnstätte für seinen Lebensabend zu sichern. Der Umstand, daß eine unauffschiebbare Instandsetzung einen größeren Betrag erfordert, wurde nach längerer Erwägung der Sache die Erhaltung des Hauses als Erinnerungsstätte abgelehnt, so daß der Hauptausschuß es in der Hand hat, den Geldwert des Grundstückes zu gegebener Zeit auszuwerten, das Andenken an Goetz aber in anderer Weise zu ehren. — Weitere noch vorliegende Anträge wegen Zusammenlegung und Einschränkung der Wettkämpfe, Auszeichnung der Sieger durch sichtbar zu tragende Abzeichen, Ausbildung von Leitern des Turnbetriebs in Fortbildungsschulen und Vereinen aus den Reihen der Vorturner, Beantragung des Ausbaues des Reichsbeirats für Leibesübungen zu einer Behörde, wegen Werbeheften, Werberiegen und Werbereisen, wegen des Turnens von Schülern und Schülerinnen in Turnvereinen wurden dem Hauptausschuß zur weiteren Veranlassung überwiesen. — In einer kurzen nicht öffentlichen Sitzung wurden noch einige Zweifel wegen des Verhaltens gegenüber den Sportverbänden aufgeklärt.

= **(Die Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 30. Januar 1918)** — kenntlich an dem Oval auf der Vorderseite und an der hellbraunen Farbe — sogenannte Bilderrahmen-Note — sollten von den Reichsbankstellen bis zum 31. Januar 1921

Einladung.

Am Sonntag, den 4. Dezember 1921, nachm. 4½ Uhr findet „Hotel Goldene Krone“ in Namslau eine

außerordentliche General-Versammlung

der

Kreis-Elektrizitätsgenossenschaft Namslau

statt, zu der hiermit eingeladen wird.

Tagesordnung:

1. Bericht über den Stand der Arbeiten.
2. Erweiterungswahl des Vorstandes.
3. Erklärung des § 4 der Statuten.
4. Wahl eines Schiedsgerichts.
5. Verschiedenes.

Kreis-Elektrizitätsgenossenschaft Namslau e. G. m. b. H.

gez. **Seydlitz.** gez. **Tietze.**

Hier! Achtung! Hier!

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Sonntag, den 4. Dezbr., vorm. 11 Uhr

findet im **Weber'schen Saal** eine wichtige

Mitgliederversammlung

statt. Die Kollegen werden gebeten, **alle restlos zu erscheinen.**

Der Vorstand.

Theatervorstellung

zum Besten des Vaterländischen Frauenvereins.

Freitag, den 9. Dezember, abends 8 Uhr in Grimms Hotel

1. **Er muß taub sein.** Schwank von Moinaux.
2. **Unter vier Augen.** Lustspiel von L. Fulda.
3. **Kaudels Gardinenpredigten.** Schwank von G. v. Moser.

Karten im Vorverkauf bei Herrn Haesler von Montag, den 5 Dezbr. an: Nummerierter Platz Reihe 1—5 6,— Mk., Reihe 6—9 5,— Mk., Reihe 10—12 3,— Mk., Stehpl. 2,— Mk. An der Kasse erhöhen sich die Sitzplätze um 1,— Mk.

Generalprobe

Donnerstag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr.

Eintrittskarten 3,— Mk. **nur** an der Kasse.

Ich bitte edle Menschenfreunde um der Liebe des Heilandes Willen unseren Siechen eine Weihnachtsfreude zu schaffen.

Die Siechenhaus-Schwester.

Bitte für das Krankenhaus zu Namslau.

An die Eingesessenen der Stadt und des Kreises richte ich die herzliche Bitte, den armen Kranken, welche das Weihnachtsfest auf ihrem Schmerzenslager verbringen müssen, zu einer kleinen Weihnachtsfreude behilflich sein zu wollen durch milde Beiträge an Geld, gebrauchten Kleidungsstücken usw. **Jede, auch noch so geringe Gabe** wird mit aufrichtigem Dank angenommen werden.

Im Namen der armen Kranken ergeht an alle mildherzigen Geber ein herzliches „Vergelt's Gott!“

Namslau, den 15. November 1921.

M. Mett,
leitende Diakonisse des Kreiskrankenhauses.

Weihnachtsbitte!

Das Weihnachtsfest steht vor der Tür und so viele arme Invaliden-, Alters-, Unfallrenten- und Armenunterstützungs-Empfänger und deren Hinterbliebene harren auf eine Weihnachtsfreude. Um ihnen diese zu gewähren, erlaubt sich die ergebenst unterzeichnete Ortsgruppe Namslau der Invaliden-, Alters- und Unfallrentenempfänger die Bitte an die wohlhabende Bevölkerung von Stadt und Land zu richten, den armen Rentenempfängern eine kleine Weihnachtsfreude bereiten zu helfen. — Freiwillige Spenden zu diesem Zweck werden in der Expedition dieses Blattes bereitwilligst mit Dank entgegengenommen. **Der Vorstand.** W. Thomann.

Nur für Wiederverkäufer!

Gebr. Wiener, Oppeln

Malapanerstr. 2—4 (Toreingang).

Kurzwaren-Großhandlung.

Bank für Landwirtschaft

Aktiengesellschaft ▫▫ Filiale Breslau

Breslau 5, Tauentzienplatz Nr. 11

Zentrale Berlin ▫ Filiale Leipzig

Telegramm-Adresse: Reichslandbundbank Breslau, Reichsbank-Girokonto

Fernruf: Breslau Ring 2701, Postscheck-Konto Breslau 7453

Kontokorrentverkehr ▫▫▫▫ Scheckverkehr

Annahme von Spargeldern

An- und Verkauf von Wertpapieren, sowie Ausführung sämtlicher anderen bankmäßigen Geschäfte

---

Namslauer Lichtspiele.

Grimm's Hotel.

Sonntag, den 4. Dezember, um 5 und 8 Uhr
Montag, den 5. Dezember 1921, 8 Uhr

Der große Monumental-Film der Vioscop:

Der Richter von Zalamea

Ein Schauspiel in 7 Akten von Calderon.

In den Hauptrollen:

Albert Steinrück **Lil Dagorer.**

Von der Presse überall hervorragend beurteilt.

Wohltätigkeits-Fest

zugunsten

der Krieger-Waisenkinder

Sonntag, den 4. Dezember im Saale des Herrn Opitz.

Anfang 3½ Uhr.

Konzert, Theater, anschließ. Tanz.

Freunde und Gönner werden herzlichst eingeladen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen.

Kreisgruppe Namslau.

Freitag, d. 2. Dezember, abds. 7½ Uhr (Opitz Saal)

Generalprobe.

Eintritt: Erwachsene 2 Mk., Kinder 50 Pfg.

Antrieb von „Namslauer Stadt“.

Gasthaus „Zum Kronprinzen“.

Sonntag, den 4. Dezember

Familien-Abend

mit musikalischer Unterhaltung.

Es ladet ergebenst ein

Paul Neumann.

Antrieb von „Namslauer Stadt“.

Morgen Sonntag

Großer Schleifen-Tanz.

Es ladet ergebenst ein **Schwuntek.**

Für Flechten-Kranke!

Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden, heile ich unter Garantie mit meinem vielbewährten **Flechtenheil** in 8—14 Tagen. Zahlreiche Dankschreiben. Eine Flasche genügt. Preis 25 Mark.

F. Müller, Heilkundiger, **Bremen**
Große Krummenstr. 23. Sprechstunden: 9—10 u. 3—4 Uhr.

Ausführungen von

Telephon- und Läutewerk-Anlagen,

Lieferung von Ersatzteilen, sowie Reparaturen übernimmt

A. Menzel, Installationsgeschäft

Namslau, Wilhelmstr. 2, Fernruf 305.

P. P.

Unsere diesjährige

Weihnachts-Ausstellung

findet infolge bedeutender Auswahl sämtlicher Artikel nicht wie bisher nur im Geschäfts-Lokal sondern auch in einem im **1. Stock eingerichteten Raume** statt.

Im **1. Stock** gelangen zur Ausstellung:

Elegante und einfache Briefpapier-Kassetten, Büro-Artikel, alle Arten Alben usw.

Im **Geschäfts-Lokal:**

Romane, Jugendschriften, Märchen-Bücher, Bilder-Bücher, Mal-Bücher, Modellierbogen, darunter Weihnachtskrippen usw.

Wir bitten um einen recht regen Besuch und zeitigen Einkauf und empfehlen uns

Hochachtungsvoll

O. Opitz, Buch- u. Papierhandl.

Dass wir Persil jetzt wieder kriegen
Macht uns den Waschtag zum Vergnügen

Jetzt ist das Waschen wieder eine Lust; im Nu ist die Wäsche fertig, blendendweiß, wie auf dem Rasen gebleicht. Dabei große Ersparnis an Arbeit, Zeit, Seife und Kohlen.

PERSIL

ist das beste selbsttätige Waschmittel! Überall erhältlich nur in Original-Packung, niemals lose.

Alleinige Hersteller: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.

Preis das Paket Mk. 7.—

Nach **33 jähriger Tätigkeit** als Gemeindevorsteher unserer Gemeinde hat Herr **Franz Kratofiel** sein Amt jetzt niedergelegt. Es ist uns tiefstes Bedürfnis, ihm für all die aufgewandte Mühe zu danken. Möge ihm ohne die Bürde des Amtes ein reich gesegneter Lebensabend beschieden sein.

Nassadel, im November 1921.

Die Gemeindevertretung.
J. A.: **Sperling.**

Ich darf auf diesem Wege allen, die mir bei dem Brande im Hause meiner Wohnung in so aufopfernder Weise Hilfe geleistet haben, hierdurch meinen **allerherzlichsten Dank** sagen.

Dr. Roth.

Bei dem **Brandunglück**, das mich betroffen, haben sich Mitglieder der freiwill. Feuerwehr sowie auch Zivilpersonen mit ihrer ganzen Kraft und mit Lebensgefahr aufopfernd in den Dienst der Nächstenliebe gestellt. Ich spreche diesen insbesondere, sowie allen, die sich bei der Löschhilfe beteiligt haben, hiermit meinen **herzlichsten Dank** aus. **Hermann Aust sen.**

Für die uns so zahlreich erwiesenen Aufmerksamkeiten anläßlich unserer **Silberhochzeit** sowie der **Vermählung** unserer Tochter **Berta** mit Herrn Eisenbahn-Betriebsassistenten **Gustav Welz** sagen wir hiermit unseren **herzlichsten Dank.**

Simmelwitz, im November 1921.

August Kretschmer und **Frau**
Gustav Welz und **Frau.**

Für die uns anläßlich unserer **Vermählungsfeier** erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir auf diesem Wege allen **herzlichen Dank.**

Windisch-Marchwitz, im November 1921.

Gustav Dziewinsky u. **Frau Ida** geb. **Hain.**

Am 30. November nachmittag 3½ Uhr entschlief sanft nach kurzer Krankheit unsere inniggeliebte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Marie Salomon

im ehrenvollen Alter von 84 Jahren.
Dies zeigen schmerzerfüllt an

Glausche, Kattowitz, 30. November 1921

die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung findet Sonntag nachm. 2 Uhr in Glausche statt.

Kaufe zu hohen Preisen
jede Art von Federn

in **grau u. weiß**, möglichst getrennt. **Daunen, Gänse-, Enten-, Puten- und Hühnerfedern** von 5 Pfund ab, **weiße Taubenfedern und Fasanenfedern** auch in kleineren Mengen.

Bandmann,
Federfabrik.

Besseres Restaurant

mit Saal u. Garten in guter Lage zu **kaufen gesucht.** Offerten an die Exp. d. Bl.

Likör- u. Rotweinflaschen

kauft **M. Gottheiner**, Ring 21.

Trix-Kerze die beliebteste, kleinste

Taschen-Lampe

wieder eingetroffen!

A. Sosnitza,
Ingenieur-Büro
Klosterstr. 6.

Schöner Raum,

2—300 qm, oder

pass. Grundstück

möglichst Zentrum, per bald zu **kaufen** oder pachten gesucht. Off. u. **F. H.** an die Exp. d. Bl.

Abreiß-Kalender 1922

empfiehlt

Buchh. O. Opitz.

Nebenverdienst!

20—25 Mk. täglich, leicht ausführbare Heimarbeit, welche vom Verlage wieder abgenommen wird, also kein Hausieren! Angebote unter Beifügung von Rückmarke unter **„Nr. 327"** an die Exp. d. Namsl. Stadtbl.

Neu. Achtung! Neu. Alte Damen- und Herrenhüte werden wie neu, wenn dieselben gereinigt, gefärbt u. auf neue Fasson umgepreßt werden. Annahmestelle Fräulein **Horn, Hospitalgasse 2**, Toreingang. **Breslauer Stroh- u. Filzhut-Umpreß-Anstalt G. Nitschke**, Sternstraße 77.

Für den Weihnachtstisch

empfehle ich eine

reiche Auswahl in Geschenkartikeln

Honigkuchen, Baumbehang, Neisser-Konfekt u. s. w.

Außerdem ein reichhaltiges Lager in

Schokoladen und Confitüren.

Konditorei
Willi Hinze.

1922 Wochen- 1922
Wand- Kalender Notiz-
1922 Kontor- 1922

empfiehlt

Buchhandl. O. Opitz.

Ia prima Maschinengarn

(schwarz und weiß) auf Röllchen, pro Röllchen 77 Pfg. Solange Vorrat, nur gegen Nachnahme.

Hans Lastmann & Co.
Leipzig, Nikolaistr. 10.

Kaufe jeden Posten

Schlachtpferde

zu höchsten Tagespreisen.

Gleichzeitig tausche ich

gute Arbeitspferde

unter kulanten Bedingungen gegen solche ein.

Fritz Jaeschke, Viehhändler
Roidau, Telefon Nr. 13.

Verloren

am **Montag, den 28. v. Mts.** auf der Chaussee von **Namslau bis Schwirz**

ein Pack leere neue Säcke u. eine Decke.

Der ehrliche Finder wird gebeten, die Sachen gegen ein Entgelt abzugeben bei

Anton Wallek, Schwirz.

Neues Damenrad

mit Freilauf umzugshalber zu verkaufen. Zu erfr. i. d. Exp. d. Bl.

---

1 Ulster und 1 Frack

(Friedensware)
billigst zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

---

1 Paar
Halbblackschuhe,

Gr. 38, preiswert zu verkaufen. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Eine **gut erhaltene**

Laute

für 500 Mk. **zu verkaufen.** Zu erfr. in der Exped. d. Bl.

Puppenhaus
mit Einrichtung,
sowie **umgearb., fast neuer**
Militärmantel
für mittlere Figur zu verkaufen. **Ring 181.**

Ein gut erhaltenes

Fell-Schaukelpferd

zu verk. Zu erfr. in d. Exp.

Vollgültiger Ersatz für Ziegelbau:
Lehmdrahtbau, D. R. P.
Alleiniges Ausführungsrecht:
Hofmaurermeister Fritz Türke,
Bernstadt.

Ia Taschenlampen,
Batterien, Birnen und Ersatzteile
unterhält ein ausreichendes Lager
A. Menzel, Installationsgeschäft
Namslau, Wilhelmstr. 2, Fernruf 305.

Für den Weihnachtstisch
empfiehlt
Romane berühmter Schriftsteller,
u. a.
Tagore, Ganghofer, Keller, Voß, Speckmann, Loens, Rose, Zahn, Sudermann, Brausewetter, Brandenfels, Ballestrem, Anny Wothe, Bonsels, Eschstruth, Marlitt, Dumas, Sienkiewcz, Karl May, etc.
Klassiker.

Jugendschriften: Mädchen- u. Knabenbücher in großer Auswahl.

Märchen- u. Bilderbücher, Weihnachtslieder-Alben für Klavier.

Postkarten-, Notgeld-, Briefmarken-, Poesie- und Photographie-Albums.

Mal- und Buntstifte, Notizbücher, Notizblocks in einfacher und eleganter Ausführung, Dreh- und Umsteckhalter, -Bleistifte, Petschafte und Brieföffner, auch in Garnituren, Siegellack in Geschenkpackung, Füllfederhalter mit echter Goldfeder, Tuschkasten.

Büroartikel: Schreibzeuge in Schwarzglas, gepreßtem Glas u. Holz, Löscher in Metall u. Holz, Schalen, Anfeuchter, Federhalterröhren, Bleistiftständer, Umlegekalender, Briefwagen, Bleistiftspitzer, Stempelständer, Socnnecken-Ordner und Locher, Reißzeuge in verschiedenen Ausführungen.

Briefpapier in Kassetten
in nie dagewesener Auswahl.

Schreibblocks in Ueberfee u. Leinen, geschmackvolle Ausführung. — Korrespondenzkarten in Kartons. — Gebet- u. Gesangbücher in Halbleder u. Leder. — Bibeln.
Gesellschaftsspiele, Modellier-, Ausschneidebogen usw.

O. Opitz, Buch- u. Papierhandl.

Wieder vorrätig!
Preis 6.50 Mk. Preis 6.50 Mk.

Vae victis!
(Wehe den Besiegten!)
Der Tag des Gerichts.
Der deutschen Jugend und dem deutschen Volke gewidmet von **Otto Autenrieth.**

Frankreichs Haß u. Habsburgs Verrat!

Aus den Lehren der Weltgeschichte ergibt sich, daß wir diesen Krieg verlieren mußten und daß dieser Frieden Frankreichs Ende bedeutet mit oder ohne unser Zutun.

Deutschlands Wiederaufstieg eine Frage kurzer Zeit!

Widmung an das deutsche Volk!
Zerschlagenes Deutschland, **denke daran,**
Was Dir der Erbfeind angetan!
Denke daran, doch verzage nicht,
Schon dämmert ein Tag,
Der bringt — das Gericht!

Widmung an die deutsche Jugend!
Dir, deutsche Jugend, sei dies Buch geweiht!
Du bist das Saatkorn einer neuen Zeit!
Und doch, gereift in langen Leidensjahren
Mir reif genug, um heut' schon zu erfahren,
Wovon man unter ernsten Männern redet:
Der Erbfeind, der uns je und je befehdet,
Der hat in Sklavenketten dich geschlagen,
Doch ich will nicht, daß du sie lang sollst tragen!
Ich will dich mit der Väter Freiheitswillen,
Ich will mit Heldenzorn dein Herz erfüllen,
Damit du aufgehst, Saatkorn neuer Zeit,
Und nimmer ruhst, bis daß du dich befreit!

Zu haben in der
Buchhandl. O. Opitz.

Weitere hochinteressante sensationelle, politische Zeitschriften:

Deutschlands Auferstehung!
Von F. E. Solf.

Franzosen raus!
Deutschland und England.
Von Otto Autenrieth.

Die drei kommenden Kriege.
Von Otto Autenrieth.

Vor großen Katastrophen.
Von Wilhelm Gellert.

Der „feigste Frieden“ der Weltgeschichte.

RdE. In Amerika erregt ein unter einem Pseudonym erscheinendes Heftchen „The truth about the world war. An expose for better Americanism“ berechtigtes Aufsehen, zumal amerikanische Zeitungen, wie die „Newyork Times“, spaltenlange Artikel daraus veröffentlichen. Der unbekannte Verfasser, ein Amerikaner, wie aus der ganzen Schrift hervorgeht, wendet sich unter heftigen Anklagen gegen die das ganze amerikanische Volk vergiftende Northcliffe- und Hearstpresse und gegen den Versailler Gewaltfrieden. „In Versailles“, so schreibt er, „ist der feigste Frieden unterzeichnet, den je die Weltgeschichte gesehen, unterzeichnet unter den drohenden Mäulern von 1000 geladenen Kanonen.“ Scharf rechnet der Amerikaner mit der Lügenkampagne ab, die Deutschland die Schuld am Kriege zugeschoben hat: „Es ist nur heimtückischer und verlogener Unverstand, der behauptet, Deutschland hat den Krieg verursacht. Im Gegenteil, völlig unvorbereitet verlor Deutschland Tausende seiner Handelsschiffe. Wo hat Deutschland jemals die Freiheit irgend eines Volkes bedroht? Das kann keiner der Lügner beweisen. Die deutsche Regierung hat nie eine andere Nation beunruhigt und hat sich stets streng innerhalb ihrer Grenzen gehalten. Die Beunruhigung lag allein auf Seiten der Entente. Amerika war während des ganzen Krieges nie neutral. Aber die hemmungs- und zügellose bestochene Presse nahm jederzeit die Partei der Räuberentente, während das amerikanische Volk sich niemals am Kriege beteiligen wollte. . . . Das Volk sagt ganz offen, daß Amerikaner nichts auf dem englischen Munitionsschiff „Lusitania“ zu suchen hatten. . . Die amerikanischen Soldaten aber bluteten und starben für das Geld, die Plutokratie und das Unternehmertum, um die Reichen reicher und die Armen ärmer zu machen. Es läßt sich mit dem besten Willen kein Schatten eines Beweises dafür erbringen, daß das kleine Deutschland irgend welche Absichten auf irgend einen Teil Amerikas hatte.“ Wenn uns in allen Ländern mehr solche Wahrheitsapostel erständen, und wir zählen in Frankreich und England schon verschiedene, ganz abgesehen von der stattlichen Anzahl in neutralen Ländern, dann wird wohl endlich die Versailler Lüge widerrufen werden müssen.

Französische Angstmaßnahmen.

RdE. Belgische und französische Willkürherrschaft feiert im besetzten Rheinland wieder einmal Triumphe. Das skandalöse Urteil gegen die in Krefeld verhafteteten ehemaligen Offiziere, deren Zusammenkunft bekanntlich nur geselligen Charakter getragen hatte, wurde noch verschärft durch den im belgischen Berufungsverfahren gefällten Spruch, nach dem gegen vier Angeklagte die Gefängnisstrafe auf sechs Monate erhöht wurde. Aehnlich rigoros ist auch das Vorgehen der interalliierten Rheinlandkommission, die in den letzten Tagen eine Strafverfügung nach der anderen erläßt. Bücher, Zeitungen, Vereine, alles wird verboten, was nur irgendwie den Ruhm der „grande nation“ verdunkeln könnte. Die Wahrheit wird unterdrückt, um das Prestige Frankreichs zu retten. „Farbige am Rhein“, „Deutschland und England“, „Ein Fanal“, „Was droht dir Europa?“ und „Vampyr“, alles Bücher, die für Wahrheit und Recht auf Grund feststehender Tatsachen eintraten, wurden für das besetzte Gebiet verboten. Der Verfasser der Broschüre „Vampyr“, Hans Müller, wurde ausgewiesen. Ferner wurde der Vertrieb der Zeitschrift „Die Schmach am Rhein“ und der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ auf die Dauer von drei Monaten untersagt. Für dieselbe Zeit wurde in diesen Gebieten die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wegen eines Artikels „Verschleppung in die Fremdenlegion“ verboten, weil hierdurch die Würde und Sicherheit der Besetzungstruppen gefährdet sei. Endlich hat die Rheinlandkommission in Uebereinstimmung mit dem Kommandierenden General der Rheinarmee alle Regimentsvereine im Bereich des besetzten Gebiets verboten und ihre Auflösung verfügt. Wie französische Blätter hierzu bemerken, hätten die Regimentsvereine nur den Zweck, die Soldaten und Offiziere der ehemaligen Regimenter zusammenzuschließen, um in den so gebildeten Einheiten, der Auflösung der Regimenter zum Trotz, die alten Regimentsteilnehmer unter einen Hut zu bringen. Es sei gewiß, daß die Regimentsvereine in Verbindung mit dem Deutchen Offiziersbund stünden, und sie versuchten wie dieser den Geist der Revanche in den Kriegsteilnehmern zu vertiefen und die eventuelle Mobilmachung vorzubereiten. Diese Fülle von Verboten ist ein Ausfluß französischer Angst vor deutscher Wahrheit und deutschem Geist, die man beide mit übertriebenen Zensurmaßnahmen zu unterdrücken sucht. Die Wahrheit aber wird sich doch Bahn brechen.

Belgischer Wahnsinn.

RdE. Im „Journal de Bruxelles“ vom 27. Oktober berichtet ein Belgier, der Deutschland besuchte, nichts weniger, als daß Deutschland einen Seekrieg vorbereite! Unterseebote würden stückweise, zum Teil in Schweden, zum Teil in Holland, auch in der Schweiz und Argentinien hergestellt; denn Deutschland hoffe in drei Jahren so weit zu sein, das es innerhalb vierzehn Tagen 51 Unterseebote im baltischen Meer, 12 in der Nordsee, 20 um Gibraltar und etwa 20 in südamerikanischen Gewässern in Betrieb nehmen könne! Die optischen Instrumente würden in der Gegend von Frankfurt a. M. hergestellt. Die Herstellung von Torpedos werde durch den Friedensvertrag leider nicht verboten. Was soll man über solche Narrheiten sagen? Dabei ist das „Journal de Bruxelles“ das offizielle Organ der belgischen Regierung. Der Zweck dieser Meldung ist aber lediglich der, die Vernichtung weiterer deutscher industrieller Unternehmungen möglich zu machen. Fürwahr, unsere Feinde versuchen ihre Drohung wahr zu machen und Deutschland noch völlig zu vernichten.

Ca. 1000 Bücher!

Gute Bücher sind die besten Weihnachtsgeschenke!

Eine noch nie dagewesene reichhaltige Auswahl in guten Büchern

bietet die

Weihnachts-Ausstellung der Buchhandlung O. Opitz.

Erstklassige fesselnde Romane der besten Schriftstellerinnen u. Schriftsteller. Große Auswahl von prachtvollen Büchern mit reichen Illustrationen für jedes Mädchen- u. Knabenalter sowie Bücher belehrenden Inhalts. Ueberaus groß ist die Auswahl von Jugendschriften u. Bilderbüchern für jedes Kindesalter.

Gute Bücher sind die besten Weihnachtsgeschenke!

Ca. 1000 Bücher!

Provinzielles.

Fristverlängerung der Schadenersatzansprüche.

Breslau, 1. Dezember. Privattelegramm. Die Zentralleitung der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier berichtet: Der Reichs- und Staatskommissar von Grolmann in Oppeln teilt mit, daß der Antrag der Zentralleitung der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier in Breslau auf Fristverlängerung für die Anmeldung der Schadenersatzansprüche bis 1. Januar 1922 bei den zuständigen Ministerien Aussicht auf Genehmigung hat. Wie und wo die Schadenersatzanträge gestellt werden sollen, wird in den nächsten Tagen durch die Zentralleitung der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier bekannt gegeben.

Hirschberg. Als Gäste von einer Hochzeitsreise heimkehrten, unternahmen sie in Schreiberhau eine Rodelfahrt. Hierbei wurde der Bruder des Bräutigams, der mit einer Dame auf einem Schlitten Platz genommen hatte, von demselben herabgeschleudert und fiel so unglücklich, daß er auf der Stelle tot war.

Rosenberg. In Sabinitz, hies. Kreises, wurde von Banditen unter Vorhaltung von Schußwaffen dem Händler Johann Doktor Bargeld im Betrage von 16000 Mark gestohlen. Die Ehefrau wurde mißhandelt. Täter unbekannt.

Gleiwitz. Ein hiesiger Kaufmann hatte einen Brief erhalten, durch den er aufgefordert wurde, 20000 Mk. am Löwendenkmal an der Promenade niederzulegen, andernfalls er erschossen werde. Auch in Petersdorf erhielt ein Kaufmann eine ähnliche Zuschrift. Dort forderten die Erpresser nur 10000 Mk. Die Bedrohten erstatteten Anzeige. Die Polizei ermittelte den Briefschreiber und seine Helfer, nahm sie fest und lieferte sie ins Gerichtsgefängnis ein.

Beuthen. Hier wurde ein Falschmünzernest ausgehoben. Die Falschmünzer haben 100- und 50-Markscheine nachgemacht und zum Teil in Verkehr gebracht. Die falschen Scheine sind sehr gut nachgeahmt und von den echten wenig zu unterscheiden.

Dittmerau. Für den Höchstpreis von 75000 Mark wurde im Subhastationsverfahren das hier belegene Frank'sche Grundstück nebst Garten von einem Käufer erworben, der den Kaufpreis mit 20-Markstücken erlegte.

Kattowitz. Ein Einbruch wurde zu nächtlicher Stunde in das Geschäft des Uhrmachers und Juweliers Weitz verübt und für etwa 25000 Mark Uhren, Ringe und andere Sachen gestohlen. Einer der Einbrecher konnte festgenommen werden.

Sakrau, Kr. Kosel. Der Kutscher Stateczni von hier fuhr mit einem Wagen Langholz auf der Chaussee von Krzanowitz nach Polnisch Neukirch. Bei einer abschüssigen Stelle stürzte der Wagen die Böschung hinunter, begrub den St. unter sich. Er wurde vollständig zerquetscht entseelt vom Platze getragen.

Rybnik. Im Walde bei Niedobschütz wurde ein Reisender aus Beuthen von 7 Banditen überfallen und beraubt. Es fielen den Räubern, die sämtlich bewaffnet waren, 28500 Mark in die Hände.

Brieg. Dem hiesigen Halbbataillon 1/7 ging die Mitteilung zu, daß es für eine Verlegung nach Oberschlesien in Frage komme. Garnisonort wird voraussichtlich Oppeln.

Strlegau. Die Strickerin Emma Schwarzer war zum Tanz gegangen, nachdem sie in dem Ofen noch Feuer gemacht, und ihr Kind hatte sie ohne Aufsicht gelassen. Bei ihrer Rückkehr fand sie die Stube voll Qualm und das Kind erstickt. Kohlenstücke waren aus dem Ofen gefallen und hatten die Dielen zum Glimmen gebracht.

Neurode. Der Cäcilienverein beging sein 200. Stiftungsfest. Aus diesem Anlaß fand in der kath. Pfarrkirche eine geistliche Musikaufführung statt. Als Hauptwerk kam zum Vortrag der 42 Psalm von Mendelssohn. Die Sopranpartie führte Frau Gertrud Kunze aus Neisse glänzend durch.

Vermischtes.

Preise einst und jetzt in Wien.

Nachstehend wiedergegebene Aufstellung, die ein Wiener zur Vergleichung der Preise von 1921 mit den Preisen von 1914 gemacht hat, sagt mehr als der größte Artikel. Man erhielt für:

Kronen 1914	und erhält 1921	
3	Ein Parkettsitz in der Oper jetzt	Einlaß in das O-Häuschen.
6	Zwei Flaschen Bordeaux „	Ein Brötchen.
7	Ein feines Nachtessen „	Futter für den Kanarienvogel.
10	Fahrt Wien—Salzburg „	Eine Karussellfahrt.
16	Eine Flasche pr. Champagner „	Ein Glas Himbeersirup.
36	Zwei Paar Schuhe „	Ein Paar Schuhbändel.
40	Einen Schreibtisch „	Einen Kohlnoorbleistift.
50	84 Liter Bier „	Einen viertel Liter Wein.
70	Einen Anzug „	Haarschneiden und Rasieren.
1 000	Eine Speisezimmer-Einricht. „	Eine Krawatte.
3 000	Ein kleines Bauerngehöft „	Eine Ziege.
28 000	Ein Haus „	Ein gefütterter Regenmantel.

Wiener Preise. In Wien wird in einigen Tagen ein Laib Brot 54 Kronen, ein Wecken 105 Kronen kosten. Ein Kubikmeter Gas kostet 60, eine Hektowattstunde elektrischen Stromes 11 Kronen. Für einen Anzug zahlt man an 100000, für einen Wintermantel noch einige Zehntausend mehr. Für ein paar Schuhe werden 12000 Kronen, für einen Hut ebensoviel verlangt. Ein Kilo Rindfleisch steht mit 600, ein Kilo Schweinefleisch mit 850, Schweinefett mit 1400 Kronen im Preise, und eine Fahrt mit der elektrischen Straßenbahn im Weichbilde von Wien wird mit 30 Kronen besteuert.

Einst.

Wie lebten wir einstens so glücklich und froh
Im herrlichen, treudeutschen Lande,
Heut winkt uns nur Unheil und Jammer und Not
Und turmhoch häuft sich die Schande.

Die herrlichen Stunden zufriedenen Glücks,
Die sind nun für immer entschwunden,
Und gleich den Vampiren saugt heut jeder Feind
Uns Blut aus den klaffenden Wunden.

Wir müssen die Jahre der Schande, der Not,
An unsere Kinder vererben,
Wenn wir daran denken, wie wird uns so leicht,
Wie wird uns so leicht dann — das Sterben.

A. Schubert, Creuzthal Kr. Oppeln.

Besser als bittere Mandeln u. Zitronen
Dr. Reppin's Backöle
dabei billiger, bequemer, gesünder
„Bittermandel, Zitrone" usw.

Arbeit adelt.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

Copyright 1917 by Greiner & Comp., Berlin W. 30.
(Nachdruck verboten.)

24. Fortsetzung.

„Dann muß ich mich bescheiden. Aber eine kleine Warnung muß ich als Freund Ihres Großonkels Ihnen geben: Vertrauen Sie nicht zu fest auf Diana. Sie ist launisch und nervös. Es ist am besten, Sie reiten lieber ein anderes Pferd, wenn Sie nicht ganz unbedingt sicher im Sattel sind." — Sie sah ihn lächelnd an. — „Sie sind bereits der dritte Mensch, der mich vor Dianas Untugenden warnt. Ich danke Ihnen jedenfalls, Herr Baron. Aber ich fühle mich ganz sicher und liebe es, wenn ein Pferd temperamentvoll und nicht langweilig ist." — Er verneigte sich, aber er war doch ein wenig ärgerlich, daß sie so überlegen schien. Da sah sie ihn mit ihren großen, blauen Augen aber an, als wolle sie bitten: „Nicht böse sein" — und da schwand sein Groll vollständig. — „Darf ich mir erlauben, morgen in Lemkow meine Aufwartung zu machen?" — „Gewiß, Herr Baron. Onkel Heriberts Freund wird die Pforten von Lemkow jederzeit offen finden." — „Dann will ich Sie nicht länger aufhalten, mein gnädiges Fräulein." — Sie neigte das Haupt zum Gruße. — „Auf Wiedersehen, Herr Baron." — Er verneigte sich tief. — „Mein gnädiges Fräulein — ich empfehle mich Ihnen." — Noch ein kurzer Blick Auge in Auge, und sie ritten nach entgegengesetzten Richtungen davon. — In Gedanken versunken setzte Ellinor ihren Weg fort. Sie dachte an Heinz Lindeck. Er hatte ihr gut gefallen. Sein gebräuntes, charakteristisches Gesicht erschien ihr männlich und bedeutend, und in seinen Augen lag ein warmer, guter Ausdruck, wie ehrliche Menschen ihn haben. — Ganz eigen wohl und warm war ihr ums Herz, sie fühlte sich plötzlich nicht mehr so einsam wie zuvor. — Auch Heinz Lindeck mußte auf dem ganzen Heimweg an Ellinor denken. Von dieser jungen Dame strahlte etwas auf ihn aus, das eine seltsame Revolution ihm wachrief. Er wollte Vergleiche ziehen zwischen ihr und dem Idealbild einer Frau, die bisher in ihm gelebt hatte. Er hatte da stets an etwas Zartes, Anschmiegendes und Hilfloses gedacht, an eine Frau, der er Schutz und Schirm, Herr und Helfer zugleich sein konnte. Das alles schien Ellinor Lossow nicht zu bedürfen. Ein Mädchen von zweiundzwanzig Jahren, das allein vor eine solche Aufgabe gestellt war und sich dabei behauptete wie ein Mann, das war ihm ganz neu und ganz unverständlich. Und doch erschien sie ihm so reizend, so frischfröhlich und liebenswert. — Er begriff allerdings nicht, daß Fritz Lossow seine Tochter vor eine so wichtige Aufgabe hatte stellen können. Daß Ellinor aber sogar allein, ohne Anstandsdame die weite Reise unternommen habe und ohne eine solche in Lemkow weilen könne, das zog er gar nicht in Betracht. Er hielt es für ganz selbstverständlich, daß sie eine Ehrendame bei sich hatte, sonst wäre es ihm nicht eingefallen, Besuch in Lemkow zu machen. — — — — Am nächsten Tag befand sich Ellinor entschieden in erwartungsvoller Stimmung — so, als stehe ihr etwas Besonderes bevor. Und doch war dieses Besondere nichts weiter als der Besuch des Barons Lindeck. — Ellinor empfing ihn mit freundlichem Lächeln in dem schönen, großen Besuchszimmer mit den kostbaren alten Möbeln. — „So wie ihn, so habe ich mir den echten deutschen Edelmann vorgestellt," dachte sie, als sie ihn begrüßte. — Sie bat ihn, Platz zu nehmen und ließ sich ihm gegenüber in einen Sessel nieder. Eine elegant weichfließende schwarze Robe, die sie mit einem kleinen Anflug weiblicher Eitelkeit ausgewählt hatte, schmiegte sich reizvoll um ihre schöne, schlanke Gestalt; der blütenfrische Teint und das flimmernde, goldbraune Haar wirkten doppelt leuchtend im Kontrast zu dem schwarzen Kleid. — Er konnte seine Augen nicht losreißen von der entzückenden Erscheinung. — Sie plauderten eine Weile von Onkel Heribert und von Ellinors Vater und Bruder. Auch die Lossower wurden flüchtig erwähnt. Heinz Lindeck erwähnte, daß er unterwegs Kuno von Lossow begegnet sei, der im Jagdwagen auf die Felder fuhr. Er habe jedoch nicht mit ihm gesprochen. — Dann folgte eine kleine Pause. Der Baron sah sich ein wenig unsicher um. — „Darf ich Sie bitten, mich mit Ihrer Hausdame bekanntzumachen, mein gnädiges Fräulein?" sagte er, etwas verwundert, daß diese nicht im Zimmer war. — Ellinor lächelte. — „Ich bedauere sehr, Herr Baron. Unsere Hausdame konnte mich nicht begleiten, weil sie drüben nötig war. Meine alte Nelly aber, die mich begleitet hat, ist nur eine schlichte Dienerin und spricht nicht Deutsch." — Er erhob sich sofort. — „O, dann bitte ich tausendmal um Verzeihung. Das wußte ich natürlich nicht — sonst hätte ich diesen Besuch selbstverständlich unterlassen!" — Sie sah ihn groß und ernst an. — „Warum? Wollten Sie meiner Ehrendame einen Besuch machen oder mir? fragte sie mit leichtem Spott. — Seine Stirn rötete sich ein wenig. — „Ihnen natürlich, mein gnädiges Fräulein. Aber ich hätte doch nicht kommen dürfen, wenn ich gewußt hätte, daß Sie allein sind." — „Sie finden es unstatthaft, daß ich Sie trotzdem empfangen habe?" — „Jedenfalls ist das bei uns ungebräuchlich." — „Ach, wie engherzig die Deutschen sind!" rief Ellinor unmutig. — „Doch nicht, mein gnädiges Fräulein. Wir sehen unsere Damen gern sorgsam behütet." „Und dabei verlernen die deutschen Frauen, sich selbst zu behüten, Herr Baron." — Baron Lindeck sah Ellinor verlegen an. Natürlich war es ihm nicht seinetwegen unangenehm, daß er sie unter diesen Umständen besucht hatte, sondern nur ihretwegen. Kuno von Lossow hatte ihn im Besuchsanzug auf dem Wege nach Lemkow gesehen. Zum mindesten würden die Lossower seinen Besuch abfällig kritisieren und Ellinor wohl gar Vorwürfe machen. Die junge Dame hatte amerikanischer Sitte entsprechend gehandelt, aber man würde hier engherzig darüber zu Gericht sitzen. Das durfte nicht sein. Er mußte sofort auf dem Heimweg in Lossow vorfahren, seinen Irrtum aufklären und Ellinor dabei entschuldigen. — „Jedenfalls will ich nicht länger stören, mein gnädiges Fräulein," sagte er hastig. — Es war wie ein leiser Schmerz in ihrer Brust. Sie glaubte, er mißbilligte, daß sie ihn empfangen habe. Aber das machte sie zugleich trotzig. — „Sie werden nun natürlich nicht wieder nach Lemkow kommen?" fragte sie ironisch. — Er blickte sie ernst an. — „Nein — solange Sie allein hier sind — so gern ich auch möchte." — Sie zuckte die Achseln. — „Wenn Sie so gern möchten — wer hindert Sie daran?" — „Die Rücksicht auf Sie selbst, mein gnädiges Fräuleln. Ich möchte Ihnen keine Ungelegenheiten bereiten." — Sie warf, sich ebenfalls erhebend, den Kopf stolz zurück. — „Dann leben Sie wohl, Herr Baron!" — Heinz Lindeck blieb zögernd stehen und sah sie unsicher an. — „Ich glaube, Sie zürnen mir, mein gnädiges Fräulein. Bitte, tun Sie es nicht. Sie werden eines Tages, wenn Sie erst mit unseren Verhältnissen vertraut sind, selbst einsehen, daß ich nicht anders kann." — „Möglich," sagte sie kühl. — Er zögerte noch immer. — „Ich hoffe, Ihnen zuweilen in Lossow bei Ihren Verwandten begegnen zu dürfen." — „Vielleicht — wenn Sie dort viel verkehren." — „Jedenfalls werde ich gleich jetzt in Lossow vorsprechen und mich entschuldigen, daß ich Sie besucht habe. Ihr Herr Onkel hat mich ja auf dem Wege hierher gesehen." — „Tun Sie, was Sie sich schuldig zu sein glauben, Herr Baron," sagte sie entschieden spöttisch. — Er fühlte, daß sie gekränkt war, und das tat ihm weh. — „Nicht mir bin ich das schuldig, mein gnädiges Fräulein, sondern Ihnen. Frau von Lossow ist sehr streng in bezug auf unsere Formen. Erführe sie von meinem Besuch in Lemkow, so könnte Sie Ihnen Vorwürfe machen, wenn ich mich nicht entschuldigte und meinen Irrtum klarlegte." — Ellinor richtete sich stolz auf. — „Auf mich brauchen Sie keinerlei Rücksicht zu nehmen, Herr Baron, ich vertrete selbst, was ich getan habe," sagte sie herb. Dabei lag in ihren Augen ein fast schmerzlicher Ausdruck, der ihn seltsam bewegte. — Es zuckte in seinem Gesicht. Seine Augen sahen gebannt in die ihren.

(Fortsetzung folgt.)

Rettet die Kinder durch Kauf von Losen!

Kinder-Heilstätten-Lotterie

für lungenkranke Kinder.

Ziehung 16. und 17. Dezember.

2587 Gewinne im Gesamtwerte von Mk.

50 000 Hauptgewinn **25 000**

Lose zu 2,40 5 Lose 11,50. Porto und Liste 1,40 mehr.

11 Lose nur 25 Mk. verschiedene Tausende.

Originallose empfiehlt und versendet, auch gegen Nachnahme:

Lotteriebank R. Arndt

Breslau 5,

Neue Schweidnitzer-Strasse 2.

Postscheckkonto 2571.

Unsere schöne Rheingegend zur Folterkammer für seine Bewohner geworden durch die Schurkerei und das teuflische Treiben der entmenschten Franzosen.

Das deutsche Leid am Rhein.

Ein Buch der Anklage gegen die Schandherrschaft des französischen Militarismus.

An die Mütter der Welt! Starben dafür Eure Jungens?

Wieder zu haben in der

O. Opitz'schen Buchhandlung.

Preis 4.50 Mk.

Was wißt Ihr über die furchtbaren und grauenhaften Zustände am Rhein? Nichts! Warum nicht? Lest dieses Buch und Ihr werdet es nicht für möglich halten, was an Feindes Bosheit und Tücke die armen Bewohner über sich ergehen lassen müssen. — Am furchtbarsten ist es, daß es noch Deutsche gibt (wenn man diese Kreaturen noch so nennen muß) die ihre ohnedies gemarterten Landsleute durch Angeberei den Franzosen ausliefern.

Landwirtschaftliche Kalender

Mentzel & v. Lengerke

Notizen 1 Seite und 1/2 Seite

vorrätig

Buchhandl. O. Opitz.

Stenotipistin,

vollkommen firm in **Stenographie u. Schreibmaschine,** zum 1. Januar 1922 nach **Namslau gesucht.** Gefl. Zuschriften mit Zeugnisabschriften und Gehaltsangabe unter **W. 210** an die Exp. d. Bl.

Kaufm. Lehrling

für 1. April 1922 gesucht.

Oscar Winkler

vorm. Gebr. Schmiereck.

Guterhaltener, **schwarzer**

Burschen-Anzug und Ueberzieher

zu verkaufen. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Junger Mann, 33 J., led. gel. Spezerist, (kriegsb.) zuletzt als Aufseher bei einer Militärbehörde tätig, **sucht,** da aufgelöst **anderw. Stellung.** Gefl. Offerten u. **G. 100** Exp.

Frauen u. Mädchen

für leichte Arbeit

können sich noch melden.

Oscar Tietze.

Dame

für die **Allein-Vertretung einer größeren Hutfabrik** für den hiesigen Platz gegen festes Gehalt und Provision per **sofort gesucht.** 1 Zimmer und kleine Kaution müßte gestellt werden. Branche-Kenntnisse nicht erforderlich. Gefl. Offerten erbeten an die Exp. d. Bl. unter Chiffre „Venus".

Möbl. Zimmer

für zwei Herren mit **voller Pension** abzugeben. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer

von Kriminalbeamten für sofort **gesucht.** Zu erfr. Exp. d. Bl.

Die deutsche Wirtschaftslage.

Arbeitslage der Industrie.

Kassel, 30. November. Gestern abend sprach in der Stadthalle Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt über die deutsche Wirtschaftslage. Er gab dabei einen Rückblick auf die Arbeitslage der Industrie. Die Textilindustrie beschäftige nur 80 v. H. ihrer Spindeln, ebenso liege der Baumarkt darnieder. Die Eisenindustrie habe eine große Zahl von Hochöfen nicht mehr im Betrieb. In der Zement- und Kalkindustrie, für die heimische Rohstoffe genügend vorhanden seien, mache sich die volle Ueberlegenheit der Konjunkturlage infolge des Kohlenmangels, der auf die Zwangslieferungen an den Verband zurückzuführen sei, nicht bemerkbar. Die deutsche chemische Industrie leide unter der ausländischen Konkurrenz, die während des Krieges stark geworden sei. Die Landwirtschaft habe sich dagegen wieder erholt. Die Hauptursache der Preissteigerung liege in der Entwertung der Mark. Der Tiefstand der Mark wirke katastrophal. Amerikanischer Weizen koste jetzt z. B. 14000 M. gegen 240 M. vor dem Kriege. Der jetzige Inlandspreis betrage 7000 M. Auch die Preise für Butter und Milch seien ungerechtfertigt hoch. Abgesehen von Rußland, Polen und Oesterreich sei die Teuerung in Deutschland am größten.

Vor einer katastrophalen Kohlennot. Schwere Gefährdung der Industrie.

Berlin, 1. Dezember. Der Reichskohlenkommissar gibt amtlich bekannt: In den letzten Tagen ist die Wagenstellung nicht nur in dem mitteldeutschen Kohlenrevier, sondern auch im Ruhrrevier so verschlechtert, daß die Kohlenzufuhr für die wichtigsten Verbraucher ins Stocken gerät. Der Verkehr auf dem Rhein-Herne-Kanal und auf dem Main ist wegen Frost völlig und die Rheinschiffahrt wegen Wassermangel nahezu eingestellt. Bei dieser Verkehrslage ist die Kohlenversorgung zahlreicher Gebiete, insbesondere Südwestdeutschlands, aufs schwerste gefährdet. Wenn es der Eisenbahn nicht gelingt, in den nächsten Tagen die Wagengestellung in den Kohlenrevieren wesentlich zu verbessern, sind Katastrophen unvermeidlich.

Neue Maßnahmen gegen Wucher und Teuerung.

Berlin, 29. November. Das Reichskabinett beendigte heute nachmittag unter Teilnahme der preußischen Minister seine Beratungen über die durch die Teuerung geschaffene Lage und beschloß folgende Maßnahmen zur Bekämpfung des Wuchers und zur Besserung der Ernährungslage zu ergreifen:

In Ergänzung und Verschärfung der bereits bestehenden Gesetzesvorschriften wird den gesetzgebenden Körperschaften unverzüglich eine Vorlage unterbreitet werden, welche die Veröffentlichung sämtlicher Verurteilungen wegen Schleichhandels und Preistreiberei durch die Presse vorschreibt. Bei Verurteilungen wegen schwerer Fälle (Gefängnis über drei Monate) ist außerdem Veröffentlichung durch Anschlag vorgesehen.

Ferner beschloß das Kabinett, die bestehenden Preisprüfungsstellen durch Kommissionen zu ergänzen, wie sie sich in manchen Städten bereits frei gebildet haben. Den Kommissionen sollen neben Vertretern der Verbraucher auch Vertreter der Gewerkschaften angehören. Die Preisprüfungsstellen werden alsbald Anweisungen zu entsprechendem Vorgehen gegen den Wucher erhalten.

Zur Besserung der Milchversorgung werden in dem Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft für 1920 auf 1921 vierhundert Millionen Mark bereitgestellt werden, und zwar für solche Gemeinden, in denen die Milchversorgung besonders Not leidet, d. h. der Milchbedarf nur bis zu einem bestimmten noch festzusetzenden Bruchteil gedeckt ist. Von den vierhundert Millionen Mark sollen je ein Drittel die in Betracht kommenden Länder und Gemeinden aufbringen. Soweit die Gemeinden hierzu nicht in der Lage sind, soll das Reich auch die von den Gemeinden nicht aufzubringenden Mittel übernehmen.

Den Gemeinden soll in der Verwendung der Mittel freie Hand gelassen werden; jedoch sind die Gemeinden darauf hinzuweisen, daß sich als Weg zur Besserung der Milchversorgung, soweit sie unter ungenügender Anlieferung leidet, insbesondere der Ankauf von Futter, vor allem von ausländischem Kraftfutter, und die verbilligte Abgabe solchen Futters an die Kuhhalter empfiehlt, welche die Gemeinden beliefern und bei denen, wie zum Beispiel bei den gemeindlichen Abmelkwirtschaften, eine Sicherheit dafür geschaffen werden kann, daß die Mehrerzeugung von Milch auch den Gemeinden zugute kommt.

Reichskabinett und Mißstände in der Volksversorgung.

Berlin, 27. November. Das Reichskabinett hat sich in den letzten Tagen wiederholt und eingehend mit den durch die gegenwärtige Teuerung verursachten **Mißständen auf dem Gebiete der Volksversorgung** befaßt. Die Steigerung der Preise beruht in der Hauptsache in der Entwertung der deutschen Mark, die ihrerseits wieder im wesentlichen durch den Friedensvertrag und die uns auferlegten Wiederherstellungslasten herbeigeführt ist. Einer wucherischen Ausbeutung dieser Sachlage muß mit aller Energie entgegengetreten werden. Handhaben hierzu bietet die Verordnung gegen Preistreiberei, die im Jahre 1919 durch die Wuchergerichtsverordnung und im Dezember 1920 durch ein weiteres Gesetz bis zur äußersten Grenze verschärft worden ist. Nach diesen Bestimmungen besteht die Möglichkeit, gegen Wucherer und Schieber mit den strengsten Strafen vorzugehen; Zuchthaus, Geldstrafe in unbeschränkter Höhe, Ehrverlust, Polizeiaufsicht, Untersagung des Handelsbetriebes, Einziehung der Waren und des wucherischen Gewinnes sowie Brandmarkung des Täters durch Urteilsveröffentlichung sind vorgesehen. Auch die Zurückhaltung von Gegenständen des täglichen Bedarfs fällt unter diese Strafdrohungen. Unabhängig vom Strafverfahren können Waren, die zurückgehalten werden, enteignet und der Allgemeinheit zugeführt werden. Unzuverlässige Personen können vom Handel ausgeschlossen werden.

Besondere Aufmerksamkeit erforderten die **Auswüchse auf dem Kartoffelmarkt.** Hier hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kürzlich eine neue Verordnung erlassen. Danach wird der Aufkauf von Kartoffeln direkt beim Landwirte,

Noch keine Einigung im japanisch-amerikanischen Flottenbauprogramm.

Wtb. **Newyork,** 1. Dezember. Durch Funkspruch. Wie Associatet Preß aus Washington meldet, ist der japanische Vorschlag, Japans Flottenstärke auf 70 Prozent anstelle von 60 Prozent festzusetzen, den Vereinigten Staaten und England formell unterbreitet worden. Die amerikanischen und britischen Sachverständigen legten sich gemeinsam auf den Hughesschen Plan fest und erklärten, daß der japanische Vorschlag ganz unannehmbar sei. Amerikanische Delegierte äußerten, die Lage sei zwar heikel, man brauchte aber nicht jede Hoffnung aufzugeben, daß die Japaner schließlich den ursprünglichen Plan annehmen werden. Japan sei der Ansicht, daß das Verhältnis von etwas weniger als 70 Prozent es der Gnade der anderen großen Seemächte ausliefere und erkläre, die Konferenz habe keine Bürgschaft dafür gefunden, daß sich in Zukunft keine Schwierigkeiten ergeben würden. Die Japaner hätten sich nicht darüber ausgesprochen, wie sich die Ueberwindung des toten Punktes unter den Flottensachverständigen ermöglichen lassen werde.

Gegen den deutschen Ausverkauf. Schwere Bestrafung hamsternder Ausländer.

Köln, 29. November. Da die Aufkäufe deutscher Waren durch die Ausländer trotz den französischen Polizeivorschriften kaum nachgelassen haben, geht das Wuchergericht jetzt mit schweren Strafen gegen die fremden Hamsterer und deren Helfershelfer vor. So erhielt eine Belgierin, die bei einer Suche auf dem Kölner Hauptbahnhof festgenommen wurde, und bei der man in einem Koffer einen Mantel, 6 Schals und etwa 30 Taschentücher deutschen Ursprungs vorfand, 3 Monate Gefängnis und eine Geldstrafe in Höhe von 60000 Mark, 2 Männer aus Charleroi, die große Posten Hosen und Hosenträger ausführen wollten, wurden zu je drei Monaten Gefängnis und 100000 Mark Geldstrafe verurteilt. Andere wurden zu Gefängnisstrafen bis zu drei Wochen und mit Geldstrafen bis zu 20000 Mark belegt.

Churchill über ein amerikanisches Dreiländer-Abkommen.

London, 30. November. Churchill hielt gestern abend eine Rede bei dem Festessen der Ueberseebanken. Er sagte dabei u. a. zur Washingtoner Konferenz, der Plan eines Dreiländerabkommens zwischen Amerika, Großbritannien und Japan zur Sicherung der friedlichen Entwickelung im stillen Ozean sei durch die Konferenz sehr gefördert worden. Es sei jedoch ein weiteres Dreiländerabkommen in Europa, nämlich ein gutes Einvernehmen und friedliche Annäherung zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland für die Wiederherstellung Europas und die Neuschaffung der finanziellen Wohlfahrt des Weltteils nötig. (Beifall.)

Zweifellos würden manche Leute sagen, eine solche Kombination sei aussichtslos. Sie sei jedoch notwendig, um den Schwierigkeiten und Gefahren der augenblicklichen Lage in Europa zu begegnen, gleichviel ob es leicht oder schwer sei, diese Kombination zustande zu bringen. Großbritannien müsse jedenfalls beharrlich dieses Ziel verfolgen. England dürfe sich nicht auf Kosten Frankreichs mit Deutschland anfreunden; Frankreich sei dem Herzen der Engländer teuer. England habe zuviel in der heutigen Erde Frankreichs verpfändet, um seine Freundschaft mit der großen französischen Nation fahren zu lassen. Die Einsicht des französischen Volkes werde jedoch im Verlaufe von nur wenigen Jahren, vielleicht sogar in noch kürzerer Zeit zu der Erkenntnis führen, daß ein gedeihendes und zufriedenes Deutschland zur Wiederbelebung und Erneuerung des Ruhmes Europas beitragen wird. (Beifall.)

England für Aufhebung der militärischen Sanktionen?

Paris, 30. November. In einer Note an den Botschafterrat in Paris sprach die englische Regierung von der Aufhebung der sogenannten militärischen Sanktionen im Rheinlande, Räumung von Düsseldorf, Duisburg, und Ruhrort und von einer Einschränkung der Kontrolle über die deutschen Leistungen.

Fortführung der Kreditaktion.

Berlin, 30. November. Wie bereits kurz gemeldet, trat gestern nachmittag das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu einer Sitzung zusammen, um die Frage der Fortführung der Kreditaktion und Kreditbeschaffung zu erörtern. Stinnes, der an diesen Verhandlungen teilnahm, gab kurz nach Eröffnung der Sitzung einen eingehenden Bericht über seine Londoner Besprechungen, der als vertraulich bezeichnet wurde. An diesen Bericht knüpfte sich eine eingehende Aussprache. Im Anschluß an diese Sitzung tagte der Kreditausschuß bis abends 8 Uhr. Wie wir erfahren, wurde beschlossen, den Geheimrat Bücher, den Generalsekretär des Reichsverbandes, zur Reichskanzlei zu senden. Dr. Wirth hatte sich vor einiger Zeit mit verschiedenen Vertretern der Wirtschaftskreise darüber unterhalten, ob es nicht angebracht sei, eine aus Mitgliedern der Industrie und Finanz gebildete Kommission von einigen Herren zu bestimmen, die mit den englischen und amerikanischen Wirtschaftskreisen über die Kreditfrage in Verbindung treten sollen. Geheimrat Bücher soll nun den Kanzler davon in Kenntnis setzen, daß der Reichsverband mit diesem Vorschag einverstanden ist. Die Kommission selbst soll von Dr. Wirth bestimmt werden. Der Ausschuß beschloß, daß die Verhandlungen mit dem Auslande fortgeführt werden. Wie verlautet, wird von den Industriellen das Hauptgewicht nicht nur auf den Kredit für die nächsten Zahlungen, also vom 15. Januar an, sondern vor allem darauf gerichtet, möglichst einen neuen Zahlungsmodus zu finden, damit das Reich nach diesem Termin nicht sofort in die gleiche Notlage geraten kann.

soweit er nicht für den eigenen Bedarf erfolgt, von einer besonderen behördlichen Erlaubnis abhängig gemacht; sie darf nur hinreichend sachverständigen und zuverlässigen Personen erteilt werden.

Die Reichsregierung und die Landesregierung haben aus Anlaß der gegenwärtigen Teuerungswelle die nachgeordneten Stellen mit Nachdruck auf die **Notwendigkeit der schärfsten Durchführung der Vorschriften gegen Preistreiberei** hingewiesen. Die Erlasse der preußischen und der bayerischen Regierung sind durch die Presse bekanntgegeben worden. Erfahrungsgemäß macht bei der Anwendung der Preiswuchervorschrift die Feststellung des angemessenen Preises Schwierigkeiten. Für das Gebiet der Kartoffelversorgung hat deshalb der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft durch ein Rundschreiben an die Landesregierungen die Bildung besonderer Ausschüsse aus Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucher angeregt. Diese Ausschüsse sollen unter behördlichem Vorsitz und unter Zuziehung von Vertretern der Strafverfolgungsbehörden die für die einzelnen Bezirke angemessenen Kartoffelpreise an der Hand bestimmter Richtlinien ermitteln und so den Strafverfolgungsbehörden die nötigen Grundlagen für ihr Einschreiten schaffen. Außerdem sollen sie bei dem Abschluß von Lieferungsverträgen zu den von ihnen ermittelten Preisen mitwirken. Die Kontrolle zur Verhinderung der verbotenen Ausfuhr wird in schärfster Weise durchgeführt. Um den Schmuggel zu unterbinden, sind kürzlich die bisherigen **Erleichterungen für den kleinen Grenzverkehr und den Reiseverkehr aufgehoben** worden.

Das Reichskabinett wird am nächsten Dienstag die Beratungen über die durch die gegenwärtige Teuerung geschaffene Lage fortsetzen.

Kredite.

WW. Aus den nichtamtlichen Mitteilungen der Reparationskommission wie auch aus den Erklärungen des Reichskanzlers am letzten Dienstag im Steuerausschuß des Reichstages geht hervor, daß unsere Gläubiger über eine Ermäßigung der Reparationsraten und über eine Verlegung der Zahlungstermine nicht einmal mit sich reden lassen wollen. Der Reichskanzler hat sich sehr zurückhaltend geäußert und Worte gewählt, denen man anmerkte, wie vorsichtig sie abgewogen sind. An der Hand des vorliegenden Tatsachen- und Nachrichtenmaterials stellt sich das Bild etwa wie folgt dar: Die französischen Mitglieder der Reparationskommission, die zehn Tage in Berlin geweilt hat, haben den Standpunkt vertreten, daß der Reichsregierung jetzt schon eine „Warnung" (gemeint ist natürlich eine Drohung) zu erteilen sei. Dieser Absicht scheinen die Vertreter sämtlicher anderer Reparationsmächte widersprochen zu haben. Immerhin hat die Reparationskommission Wert darauf gelegt, nach außen hin als einmütig zu erscheinen. Die Kommission hat sichtlich die Absicht gehabt, Näheres über die Art zu erfahren, wie Deutschland die beiden nächsten Reparationsraten, die Januar- und die Februarrate, zu decken gedenkt. Die Verzögerung, welche in der Kreditaktion eingetreten ist, hat die Reparationskommission — wie der Kanzler hervorhob — stark enttäuscht; die Kommission hat Berlin verlassen, ehe sie Näheres über die Aufnahme der Kredite durch das Reich erfahren konnte. Sie hat aber wenigstens die Ueberzeugung mitgenommen, **daß eine andere Form der Zahlung als durch Kredite nicht in Frage kommt.**

Die Reichsregierung setzt die Verhandlung mit den Vertretern der deutschen Industrie fort. Die Industrie ihrerseits verhandelt mit den anderen Wirtschaftszweigen — in erster Linie mit der Landwirtschaft und der Bankwelt — um eine möglichst breite Grundlage für die Garantie der aufzunehmenden auswärtigen Anleihe zu schaffen. Sie verhandelt aber auch mit den Vertretungen der Arbeitnehmer (den Gewerkschaften), um etwaige Widerstände gegen bestimmte wirtschafts- und finanzpolitische Voraussetzungen bezw. Ergänzungsmaßnahmen zu beseitigen. Endlich verhandelt die Industrie natürlich auch mit ausländischen Finanzleuten, welche die Kredite zu gewähren oder doch zu befürworten haben. Es scheint, als ob auch die vielerörterte Reise des deutschen Großindustriellen Stinnes nach England mit der Kreditfrage zusammenhängt. Dr. Wirth hat durchaus recht, wenn er vor der Annahme kurzfristiger Kredite warnt. Die Rückerstattung der im Juli und August (zur Zahlung der ersten Milliardenrate) aufgenommenen Kredite hat den ungeheuren Sturz des Markkurses in den letzten beiden Monaten zur Folge gehabt. Ob uns aber langfristige Kredite gewährt werden, ist sehr zweifelhaft. Solange die uns durch das Londoner Ultimatum im Mai auferlegte Reparationsverpflichtung ungemildert in Kraft bleibt, ist nämlich **die pünktliche Rückzahlung übernommener Kredite in Frage gestellt.** Es ergibt sich also der seltsame Widerspruch, daß die von der Reparationskommission strikt abgelehnte Revision des Zahlungsprogramms die Voraussetzung dafür ist, daß wir zwecks Zahlung der nächsten beiden Raten die Finanzhilfe fremder Geldgeber überhaupt mit ehrlichem Gewissen annehmen können! — Dr. Wirth hat die wiederholten Verhandlungen für nicht aussichtslos erklärt. Das deutsche Volk wird sich darüber klar sein müssen, **daß die Lage außerordentlich ernst ist** und daß heute weniger als je Zänkereien über Nebensächlichkeiten am Platze sind.

Selbsthilfe gegen den Ausverkauf.

W. W. Wenn nicht unverzüglich strenge Maßnahmen gegen den Ausverkauf getroffen werden, so droht unserer Wirtschaft die Gefahr der inneren Verblutung. Durch die Erhöhung des Goldzollzuschlages sowie durch das Sinken der Wechselkurse wird es immer schwieriger, wenn nicht unmöglich, neue Rohstoffe hereinzubekommen. Es werden dann nicht nur die Betriebe vielfach stillgelegt werden müssen, auch die Kaufleute werden gezwungen sein, ihre Läden infolge Mangels an Waren zu schließen. Zur Zeit dauert der Ausverkauf noch immer an. Es zeigt wenig Voraussicht, wenn Fabrikanten und Händler an Waren hergeben, was sie nur auftreiben können. So sind die Läger unserer Tuchfabriken fast vollständig geräumt. Wie soll das über Jahr und Tag werden, wenn die Nachfrage auf dem inneren Markt wieder steigt. Gewiß, die Ausfuhr schafft uns Auslandsdevisen, die wir dringend gebrauchen. Aber mit dieser Ausfuhr hat der gemeingefährliche Ausverkauf nichts zu tun. Er wird planmäßig von valutastarken Ausländern und ihren Strohmännern in den Warenhäusern und Einzelgeschäften besorgt. Hier **rechtzeitig vorzubeugen, war die Pflicht des deutschen Kaufmannes. Es ist möglich dadurch, daß die Kaufleute sich ihre** Kunden etwas schärfer ansehen. Sind die Ausländer als solche zweifellos festgestellt, wozu in der Regel nicht viel Scharfsinn gehört, so müssen eben Valutapreise in Geltung treten. Der deutsche Kaufmann muß in diesen außergewöhnlichen Zeiten zu außergewöhnlichen Mitteln greifen. Er kann mit verschiedenen Preisen arbeiten, ohne prozessualen Nachteilen ausgesetzt zu sein. Wird in jedem Laden ein Schild mit der Ankündigung angebracht, daß alle Preise nur für Inländer gelten, so ist der Kaufmann in der Lage, die Preise für Ausländer entsprechend zu erhöhen. Voraussetzung ist, daß die Handelskammern und Handwerkskammern ihre Interessentenkreise ständig über die Preisbewegung im Ausland unterrichten. Damit mögen zwar zur Zeit Gewinne verloren gehen, aber sie holen sich wieder ein; sie lassen dem Kaufmann Waren auch noch für Zeiten, in denen die Rohstoffe knapp geworden sind. Vor allem aber gilt es, die Inlandsversorgung aufrecht zu erhalten. Es darf nicht die Regel sein, daß Schuh- und Kleidergeschäfte die gangbaren Sachen an Ausländer verkaufen, sodaß der Inländer das Nachsehen hat.

Wie Attentate gemacht werden.

Die Gewissenlosigkeit der Breslauer Kommunisten.

Die durch die Veröffentlichungen des „Vorwärts" enthüllte verbrecherische Gewissenlosigkeit der kommunistischen Zentrale war nicht auf das Aktionsgebiet von Mitteldeutschland beschränkt. Sie wirkte sich auch an anderen Orten aus. Die „Freiheit", das Hauptblatt der mit den Kommunisten in naher Beziehung stehenden Unabhängigen Sozialdemokratie ist in der Lage, über die Märzvorgänge aus zuverlässigster kommunistischer Quelle die folgenden Einzelheiten zu melden:

Eines Tages teilte man der kommunistischen Parteileitung in Breslau mit, daß von der Zentrale ein „politischer Kommissar" für Schlesien und die Lausitz ernannt worden sei. Wohlgemerkt von der neuen Zentrale der „Offensive". Und dann kam jener andere Tag, an dem es hieß: „Es geht los". In jener Sitzung der Bezirksleitung, die so folgenschwer für die Partei sein sollte, rief ein Genosse aus: „Das ist ja Wahnsinn, das ist ja ein Verbrechen an den Genossen, das sind ja Schurken, die jetzt loschlagen wollten, jetzt, wo absolut keine Stimmung für einen bewaffneten Aufstand ist, wo aber die Aussicht vorhanden ist, daß angesichts der Zuspitzung der Dinge in Oberschlesien, der immer kritischer werdenden Situation im Westen (Sanktionen) vielleicht viel müheloser, unblutiger die politische Macht in die Hände der USPD. gelangen könnte!" Umsonst, man beriet darüber, was geschehen sollte, um die Breslauer Arbeiterschaft wild zu machen.

Kurz zuvor war eine Bombe auf der Tauentzienstraße explodiert, anscheinend ein Spitzelwerk — man wollte um jeden Preis den Verdacht vermeiden, daß die kommunistische Partei hinter diesem idiotischen Attentat stände. Und man einigte sich auf den grandiosen Gedanken, auf einen der bekanntesten und in der Arbeiterschaft beliebtesten Kommunistenführer einen Revolveranschlag zu verüben. Ein Scheinattentat nur sollte es sein, scheinbar ausgeführt von der „Reaktion", um die Arbeiter zu erregen. Der dafür Auserwählte lehnte aber ab.

Später kam man auf die Idee, das Gewerkschaftshaus in die Luft zu sprengen, davon versprach man sich große Wirkungen auf die Arbeiterschaft. Dem Manne, der diese Aktion ausführen sollte, fiel jedoch das Herz in die Hosen, und so einigte man sich schließlich dahin, das Klosett in der Nikolaistraße im kommunistischen Parteisekretariat in die Luft zu sprengen. Aber man brauchte ein Menschenopfer, damit die Sache „blutiger" aussehen und den „weißen Garden" wenigstens das Blut eines Arbeiters angedichtet werden konnte. Die Bramarbasse, die die „Tat", die „Aktion", die „Offensive" haben wollten, sie dachten natürlich nicht einen Augenblik daran, die eigene teure Haut zu Markte zu tragen, und schließlich wurde allen Ernstes der Antrag eingebracht, die Stenotypistin der kommunistischen „Schles. Arbeiterztg.", ein Frl. Blümel, mit in die Luft gehen zu lassen, die im Büro neben dem Klosett arbeitete.

Als einige Genossen darauf hinwiesen, daß doch dann ein Menschenleben zu beklagen sein würde, warf man ihnen Sentimentalität und Humanitätsduselei vor, ließ jedoch den Plan fallen. So flog das Klosett der kommunistischen Partei ganz einsam in die Luft! Die letzten anständigen Arbeiter verließen die Partei.

Soweit der Bericht der unabhängigen „Freiheit", die man in diesem Falle wohl als unverdächtige Quelle bezeichnen kann. Ueber das Attentat selbst haben wir seinerzeit berichtet. Glücklicherweise kamen Menschen dabei nicht zu Schaden.

Revision
der Beitragsentrichtung in der Angestelltenversicherung.

Demnächst wird in Namslau ein Beauftragter des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte eine Nachprüfung der Beitragsentrichtung zur Angestelltenversicherung vornehmen. Gemäß § 215 des Versicherungsgesetzes für Angestellte sind Arbeitgeber und Versicherte verpflichtet, ihm die hierzu erforderlichen Auskünfte zu erteilen und die notwendigen Unterlagen zur Einsichtnahme vorzulegen. Der Beauftragte ist zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet.

Außerdem hält der Beauftragte bei seinem Hiersein im Zimmer des Hotels „Goldene Krone", Hübner, von 6 bis 8 Uhr Sprechstunden ab, in denen Auskünfte aller Art über die Angestelltenversicherung erteilt werden. Arbeitgeber und Versicherte werden hierauf besonders aufmerksam gemacht.

— **Bank für Landwirtschaft A.-G.** Die vom Reichslandbund vor Monaten ins Leben gerufene Bank für Landwirtschaft ist bereits rührig tätig gewesen. In zahlreichen Orten des Reiches werden Anfang nächsten Jahres Niederlassungen eröffnet. In Breslau eröffnete die Bank für Landwirtschaft am Tauentzienplatz 11 umfangreiche Geschäftsräume.

Wie wir erfahren, ist das Kapital, das anfänglich nur mit 20 Millionen Mark ausgelegt worden war, überzeichnet; eine Erhöhung auf zunächst 50 Millionen Mark steht unmittelbar bevor. Von Breslau aus ist beabsichtigt, in zahlreichen Kreisstädten Niederlassungen zu errichten.

Die Bank erfreut sich in Schlesien der besonders tatkräftigen Unterstützung des Schlesischen Landbundes. Die schlesische Landwirtschaft ist an der Zeichnung der Aktien stark beteiligt. Vom volkswirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Standpunkt kann es nur begrüßt werden, daß gerade in Schlesien, das von polnischer und tschechischer Begehrlichkeit umfaßt wird, der Landwirtschaft in einem Geldinstitut, das keine anderen Ziele verfolgt, als das von der Landwirtschaft gesammelte Geld der Landwirtschaft wieder zuzuführen, eine feste Stütze gegen Ueberfremdung jeder Art gegeben werden soll. Die Landwirtschaft kann nicht umhin, in dieser schweren Zeit, wo sich die wirtschaftliche Kraft gerade in Industrie und im Handel zu gewaltigen Gebilden zusammenballt, ähnliche Wege einzuschlagen und sich auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens starke, zielbewußte Unternehmungen zu schaffen.

Mehr Besonnenheit!

Ein Mahnruf an die Käufer.

Auf dem deutschen Warenmarkt zeigen sich seit kurzem Erscheinungen, die schwerste Gefahren für die Volksgesamtheit wie für den Einzelnen in sich schließen. Eine Kauflust hat sich des Publikums bemächtigt, wie wir sie selbst in den schlimmsten Hamsterzeiten der Kriegsjahre nicht erlebt haben. Die Warenläger sind gelichtet. Ein Gang durch die Kaufhäuser und Spezialgeschäfte zeigt leere Regale. In den meisten Artikeln macht sich bereits empfindlicher Mangel bemerkbar. Zu gleicher Zeit wächst rapide die Teuerung.

Alle diese Erscheinungen, die jedem unter der Sammelbezeichnung „Ausverkauf" geläufig sind, hat man bis vor kurzem lediglich durch den Valutastand zu erklären versucht. Man war geneigt, die Ursachen in der Hauptsache auf die Kauflust der Ausländer zurückzuführen. In den Grenzgebieten ist tatsächlich der Ausverkauf an Ausländer die Grundursache des Uebels. Es hat sich aber in den letzten Wochen herausgestellt, daß, soweit die Hauptgebiete Deutschlands in Frage kommen, die Mißstände zu einem erheblichen Teil auf den deutschen Käufer selbst zurückgeführt werden müssen.

Welches sind die Gründe der Teuerung? Die einen rufen Wucher, die anderen machen den Stand der Valuta verantwortlich. Beide Gründe treffen zu. Es unterliegt keinem Zweifel, daß gewisse Kreise die traurigen Umstände ausnutzen, um unverhältnismäßig hohe Gewinne zu erzielen. Um so erfreulicher ist das gerade in letzter Zeit auftretende Bestreben des reellen Handels, diesen Machenschaften Einhalt zu gebieten und die unverantwortlichen Elemente innerhalb seiner Reihen, die eine Fachzeitschrift des Einzelhandels selbst sloehen „Vampyre an der ohnehin geschwächten und ausgebeuteten deutschen Volkswirtschaft" genannt hat, von sich abzuschütteln.

Aber auch der Verbraucher wird zum Erfolg wesentlich beitragen können, wenn die Einsicht Oberhand gewinnt und sinnlose Angstkäufe, die in steigendem Maße zu beobachten sind, unterlassen werden. Die Marktflucht, die in panikartigem Umfang eingesetzt hat, beginnt sich zu einem Krebsschaden für die Volksgesamtheit auszuwachsen. Gleichviel, ob es sich um Kleider, Schuhe, Lebensmittel, Teppiche, Möbel oder Wertpapiere handelt: alles wird gekauft. Eine hemmungslose Kauflust bemächtigt sich nicht, sich für den tatsächlich vorhandenen Bedarf auf absehbare Zeit einzudecken, sondern läßt sich in erheblichem Umfang von dunklen Angstgefühlen oder gar von spekulativen Erwägungen leiten. Unter diesen Umständen muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, welch einen volkswirtschaftlichen Unfug und welche finanzielle Torheit derartige Angst- und Spekulationskäufe darstellen. Wenn Lebensmittel, Streichhölzer und Waren aller Art kistenweise erstanden, in feuchten Kellern oder auf Böden eingelagert und dem Verderben ausgesetzt werden, wenn Teppiche und andere nicht unbedingt notwendige Waren eingekauft und über den gegenwärtigen und in absehbare Zeit entsprechenden Bedarf hinaus angehäuft werden, muß naturgemäß eine verstärkte Nachfrage einsetzen, der Industrie und Handel nicht gewachsen sind. Die übermäßige Inanspruchnahme des Marktes führt notwendig zu einer fortdauernden Steigerung der Preise und läßt die Preiskurve so rapid emporschnellen, wie jeder von uns es in der jüngsten Zeit zum Schaden seines eigenen Geldbeutels erlebt hat. Das Traurige und Bedenkliche an diesen Angstkäufen ist vor allem, daß insbesondere die Teile der Bevölkerung geschädigt werden, die aus volkswirtschaftlich begründeten Erwägungen oder aus Mangel an Geldmitteln sich in ihren Anschaffungen auf das Nötigste beschränken. Ein bedenklicher Rückschlag mit schwersten Folgen für den heimischen Arbeitsmarkt ist eine weitere, in absehbarer Zeit zu erwartende Folge der Angst- und Hamsterkäufe. Das unwirtschaftliche Treiben der Hamsterer entzieht aber auch wichtige Waren und Rohstoffe ihrer Bestimmung und setzt sie dem Verderben aus, sodaß sie unserer ohnehin verarmten Volkswirtschaft dauernd verloren gehen.

Diejenigen aber, die sich bei ihren Käufen von spekulativen Absichten leiten lassen, werden einsehen müssen, daß sie nicht nur volkswirtschaftlich verwerflich, sondern auch töricht und gegen ihren eigenen Vorteil gehandelt haben. Diese Leute sagen sich vielfach, daß ein Teppich oder eine sonstige Ware, die sie sich hinlegen, in wenigen Wochen einen ungleich höheren Wert darstellen wird, als heute die entsprechende Anzahl von Hundertmarkscheinen beträgt. Sie hoffen also bei einer späteren Veräußerung großen Gewinn erzielen und aus der Notlage der anderen Vorteile für sich herausschlagen zu können. Nur überlehen sie dabei, daß sie sehr leicht vor Ueberraschungen gestellt werden können. Die jüngsten Schwankungen der Valuta sind für die Spekulation ein Menetekel. In dem gleichen Grade, in dem der rapide Marksturz die Preise emporschnellen ließ, wird eine etwaige Hebung der Valuta, mit der früher oder später zu rechnen ist, das Preisniveau senken und die Absicht dieser Spekulanten zu Schanden machen. Aus einem vermeintlichen Gewinn, den sie sicher geboren hielten, wird sich ein Verlust entpuppen. Vaterländische Gesinnung, volkswirtschaftliche Einsicht und das wohlverstandene Interesse des eigenen Geldbeutels gebieten gleicherweise dringend, die unsinnigen Hamster- und Spekulationskäufe zu unterlassen, einem Treiben Einhalt zu tun, das, wenn es noch einige Zeit anhält, die deutsche Wirtschaft völlig aussaugen muß.

Weihnachten in Bethel.

Nach Licht und Liebe sehnen sich alle Herzen. Die Weihnachtsbotschaft will solche Sehnsucht stillen. Denn sie zeigt in dem Kind von Bethlehem den Quell alles Lichts und aller Liebe.

Diese Botschaft gilt besonders den Kleinen, Kranken und Armen. Von ihnen beherbergt Bethel eine große Zahl. Es sind mehr als 4000 Fallsüchtige, Gemütskranke, Kriegsbeschädigte und Heimatlose aller Art und aus allen Teilen Deutschlands, die bei uns Weihnachten feiern wollen. Jedem möchten wir gern eine kleine Freude bereiten. Das ist jetzt so schwer wie noch nie. Darum klopfen wir bei den Freunden von Bethel an mit der dringenden Bitte: Helft uns, in dunkle und traurige Herzen etwas von dem Sonnenschein zu bringen, den Weihnachten bescheren will! Jede kleinste Gabe ist willkommen, besonders Kleidungsstücke aller Art, Spiele, Bilder, Bücher oder Geld, um das zu kaufen, was Große und Kleine erfreut. Je eher die Gaben in unsere Hände kommen, desto lieber ist es uns!

Allen Freunden von Bethel sendet dankbare Weihnachtsgrüße

Bethel, bei Bielefeld, im November 1921

F. v. Bodelschwingh, Pastor.

Postscheckkonto: Nr. 1904 Hannover.

Fahrplan von Namslau. Gültig bis Ende Febr. 1922.

Abfahrt von Namslau nach	Richtung	Ankunft in Namslau von
5.27 ¹) 6.37 8.45 E 9.09	Breslau ¹) nur von Oels. ²) nur bis Oels, dort 7.51 Anschluß nach Breslau.	8.01 11.43 ¹) 2.29 4.33
12.47 4.13 10.22		E 7.39 8.19 1.03
¹) 8.16 11.58 4.48 E 7.54	Kattowitz ¹) nur bis Kreuzburg ²) „ von „	8.30 E 8.55 12.33 ²) 3.58
8.34 8.11	Sonntags (außer am 7. 1., sowie am 5. 1. u. 1. 2. 22.)	7.25 10.08 Sbd.
6.15 11.48 4.38	Buchelsdorf	7.45 12.42 6.08
¹) 5.25 8.07 ²) 2.20 ³) 8.25	Oppeln ¹) nur bis Tarkstube DS. ²) „ von „ DS. ³) „ bis Jellowa	7.44 1.50 ²) 4.04 6.30

E = Eilzug, W. = Werktags, Sbd. = Sonnabend.

und von der Reichsbankhauptkasse in Berlin noch bis zum 31. Juli 1921 eingelöst werden. Trotzdem die Reichsbank seit letzterem Tage zur Einlösung dieser Banknoten in keiner Beziehung mehr verpflichtet ist, hat sie doch noch in besonderen Ausnahmefällen, in denen die Unmöglichkeit einer rechtzeitigen Vorlegung der Noten — wie z. B. in Erbschaftsangelegenheiten — nachgewiesen wurde, einen Umtausch dieser verfallenen 50 Mark-Noten bei ihrer Berliner Hauptkasse vorgenommen. Sie macht nunmehr darauf aufmerksam, daß auf eine Fortsetzung dieses Entgegenkommens über den 31. Dezember 1921 hinaus nicht zu rechnen sein dürfte, und empfiehlt dringend, die Geldbestände sorgfältig nachzuprüfen und etwa noch vorhandene 50 Mark-Noten genannter Art unverzüglich der Reichsbankhauptkasse in Berlin unter Nachweisung der Unmöglichkeit einer rechtzeitigen Vorlegung zum Umtausch einzureichen.

= **(Unsicherheit im Handel und Verkehr.)** Durch den Valutasturz war schon, schreibt die Brieger Zeitung, eine starke Unsicherheit in die deutsche Geschäftslage gekommen, die Preise stiegen, und der Absatz wurde im Inlande gehemmt. Die Waren, die auf den deutschen Märkten festgehalten waren, nahmen ihren Weg ins Grenzgebiet, und wohin sie von dort gingen, erzählen die Zeitungsberichte. So wurde in Leipzig eine Ueberfüllung mit Butter festgestellt, die indes dort wegen des hohen Preises keinen Absatz fand und nach dem Westen geschafft wurde. In Aachen müssen die Hausfrauen stundenlang nach notwendigen Lebensmitteln suchen, während die Vorräte in der Stadt in Lastautos über die Grenze gehen. Die Margarine ist im Preise verdoppelt. In jeder Ministerrede wird die Bekämpfung des Wuchers betont, aber die praktischen Erfolge fehlen. Die angedrohten Maßnahmen der Entente verschärfen nun die unsichere Lage. Weil keine Branche weiß, wie die Zukunft sich gestalten wird, ist die Vorsicht bei der Preiskalkulation begreiflich. Die 50prozentige Steigerung des Gütertarifs am 1. Dezember ist ein Zeugnis für die möglichen Ueberraschungen, deren Einfluß auf die Preise natürlich selbstverständlich ist. An maßgebender Stelle wird man hoffentlich einsehen, daß die allernotwendigsten Lebensmittel ihren Extrataxif haben und behalten müssen. Hoffentlich ändert sich die Lage bald; denn eine leidige Gewißheit ist einer grenzenlosen Ungewißheit im Geschäftsleben noch stets vorzuziehen gewesen.

= **(Der St. Vincenzverein),** der schon viele Jahrzehnte auf dem Gebiete der edlen Caritas in unserer Stadt eine überaus segensreiche Tätigkeit entfaltet, hielt am vergangenen Sonntag im Pfarrhaussaale seine diesjährige Generalversammlung ab. Nach dem üblichen Vereinsgebet ermunterte in einer Ansprache der geistliche Leiter des Vereins, Herr Pfarrer Stosiek, die zahlreich anwesenden Mitglieder zu weiterer fleißiger Arbeit im Interesse der Armen. Alsdann erstattete Frl. Luzia Reusche den Jahres- und Kassenbericht. Trotz der schwierigen Verhältnisse könne der Verein mit Dank gegen Gott auf das zu Ende gehende Jahr zurückblicken. Es war dem Vereine möglich, allmonatlich 22 alten, würdigen Frauen eine Unterstützung zu gewähren. Auch wurde eine solche höheren Betrages einigen einzelstehenden Kranken zuteil. Für einige hilflose Kranken mußte der Vorstand die Pflege der Gemeindeschwester der Diakonissen in Anspruch nehmen, die bereitwilligst erfolgte. — Eine große Freude war es für den Verein, daß er aus einer Spende des Papstes für bedürftige, unternährte Kinder mit 2000 Mark bedacht wurde. Diese Zuwendung ermöglichte es dem Vereine, schon im Sommer an zehn arme Familien Nahrungsmittel und Wäsche zu verteilen. Der Rest wird zur Weihnachtsbescherung mit verwandt werden. Im ganzen hat der Verein seit Jahresfrist 4908,20 Mark für caritative Zwecke verausgabt. Der Kassiererin Frl. Reusche wurde für die gewissenhafte Kassenführung mit Dank Entlastung erteilt. — Hierauf wurden die Lehrerinnen Frl. Hiller und Frl. Kalina in den Beirat des unter Verwaltung des hiesigen Kreiswohlfahrtsamtes stehenden Berufsamtes gewählt. — Hiermit war die Tagesordnung erledigt. — Alten, die durch ihre Mildtätigkeit geholfen haben, den Verein auf seiner Höhe zu erhalten, spricht der Vorstand ein herzliches „Gott vergelt's" aus mit der Bitte um weitere Unterstützung.

= **(Lichtspiele.)** Der Detektivfilm: „Die fliegenden Briganten", dessen 1. Teil vor einiger Zeit auf der hiesigen Lichtspielbühne über die Leinwand ging, hatte sich des Beifalls aller Besucher in hohem Grade zu erfreuen, und sie sahen daher mit großer Erwartung der Vorführung des 2. Teils entgegen. Den Bemühungen des Herrn Grimm war es gelungen, denselben für den vergangenen Mittwoch zu bekommen. Er hat nicht minder allen aufs beste gefallen. — Am nächsten Sonntag und Montag wird den Kinofreunden „Der Richter von Zalamea", ein Schauspiel in sieben Akten von Calderon geboten, ebenfalls eine hervorragende Filmneuheit, die allerorten größte Sensation auslöste und die Besucher von Anfang bis zu Ende fesselte. Die Zahl der in Aktion tretenden Hauptdarsteller beträgt 11, woraus allein man schon erkennen kann, daß das Werk großzügig ist. Raummangels wegen können wir auf den Inhalt desselben leider nicht näher eingehen. — Das Beiprogramm enthält den belehrenden Naturfilm: „Argyroneta, die Silberumsponnene". — Wir empfehlen die Vorführungen zu recht zahlreichem Besuch.

= **(Personalnotiz.)** Herr Lehrer Walter Engelmayer, Schwientochlowitz, Kreis Beuthen OS., hat am 27. Oktober in Breslau die Rektorprüfung bestanden. — Am vergangenen Sonntag folgte er einer Berufung an die Marineschule auf der Insel Borkum.

Geistliche Musikaufführung.

Sonntag, den 11. Dezember nachm. 5 Uhr veranstaltet Herr Kantor Lampel mit seinem Kirchenchor und anderen hiesigen geschätzten Kräften ein Weihnachtskonzert in der hiesigen evangelischen Kirche. Der Leitgedanke des aufgestellten Programms ist: „Kommt und laßt uns Christum ehren." Auf die Vortragsordnung wird in der nächsten Nummer des Stadtblattes näher eingegangen werden. Der gesamte Reinertrag fließt dem ev. Frauen- und Jungfrauenvereine zu, um damit unsern ärmsten Brüdern und Schwestern eine kleine Weihnachtsfreude zu bereiten. Die Eintrittspreise betragen 2 Mk. und 1 Mk. Möchte der Besuch daher ein recht zahlreicher sein.

Der Kampf um die Angestelltenversicherung.

Der verflossene Sommer hat die Entscheidung über das Schicksal der Angestelltenversicherung nicht gebracht. Inzwischen sind die Neuwahlen zur Angestelltenversicherung ausgeschrieben worden; denn mit dem Jahresende läuft die Wahlzeit der bisherigen Vertrauensmänner ab. Wir stehen also im Wahlkampf. Einstimmig verabschiedete 1911 der deutsche Reichstag das Versicherungsgesetz für Angestellte. Selbst die angestelltenfeindliche Sozialdemokratie stimmte dafür. Heute dagegen arbeitet man von dieser Seite mit Hochdruck darauf hin, die Gelder unserer Sozialversicherung der notleidenden Invalidenversicherung zuzuschanzen. Diese Verschmelzung würde für uns bedeuten: Verlust unseres Begriffes der Berufsinvalidität, Verlust des hervorragenden Heilverfahrens der Angestelltenversicherung, Verlust einer ausgezeichneten Witwen- und Waisenrente, und vor allem den Verlust der vorhandenen bilanzmäßigen Ueberschüsse der Angestelltenversicherung von mehr als eineinhalb Milliarden Mark zugunsten der Fehlbeträge der Invalidenversicherung. Und was tun die freigewerkschaftlichen Angestelltenführer? Sie machen diese verderbliche Politik mit. Sie sind Parteisozialisten, ja sie gehören größtenteils zum radikalen Flügel der Partei. Ging doch Aufhäuser, der Führer des Afabundes, so weit, die frühere Haltung der Sozialdemokratie zu verleugnen. Die Angestelltenversicherung sei seit Beginn ihres Bestehens annexionsreif gewesen, erklärte er kürzlich im Reichstag. Die Vorsänder des Afa-Bundes, des Butab, des Zentralverbandes und Werkmeisterverbandes, die Kommunisten, die Unabhängigen unter Führung des Butabvorsitzenden Aufhäuser, und die Mehrheitssozialisten mit dem Zentralverbandsvorsitzenden Giebel, sie finden sich alle in schönster Harmonie zusammen, und werden im Einverständnis mit den Afaverbänden im Reichstage nicht mehr und nicht weniger verlangen als:

1. Die Abschaffung der Angestelltenversicherung, ihr Aufgehen in die heute schon völlig **leistungsunfähige** Invalidenversicherung.
2. Die Abschaffung der sogenannten Ersatzkrankenkassen, also unserer Berufskrankenkassen. Dafür soll kommen der ausschließliche Versicherungszwang in den Ortskrankenkassen.

Wir sehen also völlig klar. Wir wissen, was wir von den Sozialdemokraten aller Schattierungen zu erwarten haben. Und wir wissen auch, daß jede Forderung zum Ausbau der Sozialversicherung auf den schärfsten Widerstand der Arbeitgeber zu rechnen hat. Ihr Profitinteresse kennt keine Hemmungen. Der gegenwärtige Wahlkampf muß zeigen, wie die Kräfte verteilt sind. Er wird die Geister scheiden.

Zahlreiche Einzelerfahrungen beweisen uns, daß weite Kreise der freigewerkschaftlichen Angestellten die standesfeindliche Politik ihrer Führer entschieden ablehnen. Diese Kollegen müssen vor die Frage gestellt werden: Wollen Sie ruhig zusehen, wie die von Ihnen für die Tage Ihres Alters gebrachten Opfer dazu verwandt werden, der von dem Zusammenbruch stehenden Invalidenversicherung wieder auf die Beine zu helfen? Oder wollen Sie in die Kampfesreihen derer eintreten, die den Fortbestand und einen den gegenwärtigen Bedürfnissen entsprechenden Ausbau der selbständigen Angestelltenversicherung fordern? Mit dem Siege der sozialistischen Auffassung ist das Schicksal der selbständigen Angestelltenversicherung besiegelt, und auch unseren Berufskrankenkassen drohen dann ernste Gefahren. Es handelt sich heute einfach darum, ob wir mit verschränkten Armen zusehen wollen, wie ein Eckpfeiler der deutschen Sozialpolitik niedergerissen, und damit der Gesamtbau unserer Standespolitik ins Wanken gebracht wird.

Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband.

Von der Ramslauer Einkaufsgenossenschaft.

Die Kolonialwarenhändler hiesiger Stadt hatten vor ca. zwei Jahren sich zusammengeschlossen und eine Einkaufsgenossenschaft gegründet, um durch den Bezug größerer Mengen Waren vorteilhafter einzukaufen und hierdurch in die Lage zu kommen, auch ihrerseits den Käufern Vorteile zu bieten, so daß für diese keine Veranlassung mehr vorlag, von auswärts Bezüge zu machen, zumal durch die günstigen Beziehungen der Einkaufsgenossenschaft zu Weltfirmen Untergebote von Konkurrenz ausgeschlossen waren. Wie richtig dieser Zusammenschluß gewesen ist, hat die verflossene kurze Zeit bewiesen, denn der Umsatz der Vereinigung hat sich derart gesteigert, daß es notwendig war, die voreist beschränkten Räume, die zur Lagerung der Waren verfügbar waren, erheblich zu erweitern. Es ist gelungen, Lagerräume zu mieten, die eine Unterbringung bedeutender Warenmengen gestatten. Der Umzug ist bereits vollzogen und man kann wohl sagen, der Einkaufsverein ist damit auf eine gesunde, feste Basis gestellt worden. Man kann dies im Interesse unserer Einwohnerschaft begrüßen, weil Alles der Mitglieder alles getan wird, um nicht nur durch billigste Preise beste Waren zu liefern, sondern auch durch Zuvorkommenheit den Verkehr mit den Käufern angenehm zu gestalten. Das Prinzip guter Bedienung nach jeder Richtung hin, wird auch in Zukunft beachtet werden und es wird deshalb die Bitte ausgesprochen, den ernsten Arbeiten und Bemühungen der Genossenschaft weiter Wohlwollen und Interesse entgegen zu bringen.

Neue Maßnahmen gegen den Wucher und Teuerung sind seitens des Reichskabinetts unter Teilnahme der preußischen Minister getroffen worden. Es sind Bestrafungen wegen Schleichhandel und Preistreiberei vorgesehen, die bei denen die Veröffentlichung der Bestraften in der Presse bezw. durch Anschlag erfolgen soll. Wenn man auch im Interesse der Ernährung des Volkes mit besonders schweren Strafen gewissenlose und vaterlandslose Elemente belegen soll und muß, Menschen, die kein Gefühl für die Not unseres Volkes kennen und lediglich des Gewinnes wegen Schiebergeschäfte betreiben, so kann durch die in Kraft getretene Gesetzesvorschrift doch auch der reelle Handel getroffen werden, da es lediglich an der Auffassung des Gerichtes liegt, was als Preistreiberei angesehen werden kann oder nicht. Bei den Wuchergerichten ist ein Einspruch nicht mehr möglich, der Angeklagte ist daher nicht in der Lage, das Urteil anzufechten und es können Bestrafungen zu unrecht erfolgen, da dem Richter auch Laien zur Seite stehen, die von der Praxis des Handels oft nichts wissen. Deshalb haben die jüngst veröffentlichten Gesetzesbestimmungen große Erregung und Beunruhigung im Handelsstande hervorgerufen und aus diesem Grunde ist seitens der Breslauer Handelskammer eine Versammlung einberufen worden, in der Rechtsanwalt Dr. Serog über die großen Gefahren sprach, die durch Gesetze, die wohl während des Krieges nötig waren, erneut dem Handelsstande drohen. Die Berechtigung für diese scharfen Vorschriften sind nur bei Ausnahmen, wobei es sich um Verschiebung von Lebensmitteln handelt, anzuerkennen, jedoch nicht für den reellen Groß- und Kleinkaufmann, bei denen nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse die Verdienstmöglichkeit eine verschiedene ist. Der Handel, der es sich zur vornehmsten Aufgabe gemacht, das durch den Wirtschaftszusammenbruch darniederliegende Vaterland aufzurichten, wird nunmehr in seiner Freudigkeit und in seinem Bestreben, sich räumlich auszudehnen, geradezu gehemmt, der Kaufmann muß bei seinen Kalkulationen, die der Weltmarktlage angepaßt werden, befürchten, daß er ins Gefängnis oder Zuchthaus gesteckt wird.

Wenn in den letzten Monaten die Preise dauernd in die Höhe gegangen sind, so ist der Klein- und Großkaufmann dafür nicht verantwortlich zu machen, vielmehr liegt dies in den augenblicklichen unsicheren Verhältnissen. Durch die dauernden Lohnerhöhungen bei der Eisenbahn und der Post sind Steigerungen in den Frachtsätzen und in den Porti eingetreten, die geeignet sind, die Bezüge aus weiterer Entfernung unmöglich zu machen; in sehr vielen Fällen kostet die Fracht und das Porto mehr als die Ware. Infolge der enormen Wertverminderung unserer Mark und des hohen Geldstandes der auswärtigen Länder, ist unsere Wirtschaft dauernd auf abgleitender Bahn, die Bezüge aus dem Auslande erfordern solch hohe Summen, daß von vorn herein die Ware um 100 und mehr Prozent gegen früher erhöht wird, hierzu kommen die gesetzlichen Maßnahmen des Goldzolles. Die Spesen des Kaufmannes selbst erreichen eine Höhe, die kaum überschritten werden kann. Es werden besonders hervorgehoben, die Gehälter, Beleuchtung, Beheizung und ganz besonders die Steuerlasten, so soll auch bei uns die Gewerbesteuer einen mehrhundertfachen Zuschlag erhalten. Der reelle Kaufmannsstand sieht mit Besorgnis in die Zukunft. Durch den dauernden Wechsel der Valuta ist ein regulares Geschäft nicht möglich, notwendige Waren müssen eingekauft werden, sie sind am Lager und nun kommt der Umsturz, wie er augenblicklich eingetreten ist, so daß der Händler, der die Preise den augenblicklichen entsprechend, heraufsetzen muß, ganz enorme Verluste hat. Das Risiko des Kaufmanns ist ein dauerndes und man kann bei dem Handel von erheblichem Gewinn überhaupt nicht mehr sprechen. Um unausbleibliche Härten zu vermeiden, ist in der Versammlung der Handelskammer beschlossen worden, Kommissionen zu bilden, die mit den Preisprüfungsstellen und anderen in Frage kommenden Behörden Richtlinien für einen angemessenen Verdienst vereinbaren sollen und es ist wünschenswert, wenn in allen Städten, wo auch Preisprüfungsstellen nicht vorhanden sind, die Organe Veranlassung nehmen, dieserhalb mit dem Handel in Verbindung zu treten.

Oscar Tietze.

Aus der Zigarettenindustrie und dem Zigarettenhandel hören wir, daß die Unternehmungen dieser Branche vor geradezu katastrophalen Verhältnissen stehen. Durch die Erhöhung der Zigarettensteuer auf 100% des Warenwertes wird den Fabriken die Möglichkeit genommen, zu einer mäßigen Preislage noch gute Zigaretten zu verarbeiten. Von einer 40 Pfg.-Zigarette nimmt nach der am 1. Oktober in Kraft gesetzten Steuererhöhung die Steuer 20 Pfg., von einer 60 Pfg.-Zigarette 30 Pfg. für sich in Anspruch, also bleiben für Rohtabak und sonstiges Rohmaterial (Papierhülsen, Mundstück, Belag), für Fabrikation und Versand sowie den ganzen Handel insgesamt 20 bezw. 30 Pfg. Die Steuer beträgt also 100%. Der größte Laie muß ohne weiteres einsehen, daß eine indirekte Steuer in dieser Höhe weit über das wirtschaftlich zulässige Ziel herausschießt und statt einer Erhöhung der Steuereinkünfte eine Abtötung des zu besteuernden Wirtschaftszweiges zur Folge haben muß. Auch ein Zeichen dafür, mit welcher Sorgfalt unter dem neuen System Gesetze fabriziert werden.

Kirchliche Nachrichten.

Am 2. Advent, den 4. Dezember 1921 predigen:
8 Uhr vorm. Pastor Melz.
10 Uhr vorm. Pastor Peschel.
5 Uhr nachm. Pastor-Fuhrmann.
Kollekte für das Evangelische Johanneskiftt in Spandau.
Montag, den 5. Dezember 8 Uhr abends Bibelstunde Pastor Melz.
Donnerstag, den 8. Dezember 8 Uhr abends religiöse Besprechung in der Herberge Pastor Peschel.
Freitag, den 9. Dezember 9 Uhr vorm. Beichte und Abendmahl Pastor Peschel.

Vereins-Nachrichten.

Sonntag, den 4. Dezember abends 8 Uhr ev. Arbeiterverein bei Frau Schmidt.
Sonntag, den 8. Dezember 8 Uhr abends Jugendverein in der Herberge.
Mittwoch, den 7. Dezember 8 Uhr abends ev. Jungmännerverein in der Herberge.

Christliche Gemeinschaft (innerhalb der Landeskirche) Schützenstraße Nr. 6. Sonntag abends 8 Uhr Versammlung.

Katholische Vereins-Nachrichten.

Katholischer Jugend-Verein.
Sonntag nachm. 5 Uhr Versammlung in der Schule.

Standesamtliche Nachrichten.

Woche vom 26. November bis 2. Dezember 1921.
Es gelangten zur Anmeldung: 2 Geburten.

Verpachtung

der Hospitalacker- und Wiesenparzellen auf 9 Jahre **am Freitag, den 9. Dezember, vormittags 10 Uhr** an Ort und Stelle. Sammelpunkt der Bieter: Groß-Marchwitzer Chaussee am Groß-Marchwitzer Busch.

Ramslau, den 1. Dezember 1921. **Der Magistrat.**

Oeffentliche Stadtverordneten-Sitzung

am Montag, den 5. Dezember 1921, abends 8 Uhr.

Vorlagen:

1. Kenntnisnahme von einem Dankschreiben.
2. Verteilung von Sparprämien.
3. Kenntnisnahme vom Verkauf von Aktien aus der Paul Fetge-Stiftung.
4. Nachbewilligung zu den Kosten für Reinigen der Orgel in der ev. Kirche.
5. Auszahlung der erhöhten Dienstbezüge an die städtischen Beamten.
6. Bewilligung einer Unterstützung an stellungslos gewordene Beamte oberschles. Gas- und Wasserwerke.
7. Kenntnisnahme von der Höhe der Kreisabgaben und der Zuschläge zu den Realsteuern in benachbarten Städten.
8. Festsetzung der Zuschläge zu den Realsteuern für das Steuerjahr 1921.
9. Prüfung der Jahresrechnung der Kämmereikasse mit Nebenkassen und Entlastungserteilung dem Rechnungsleger.
10. Die Eingemeindungsfrage von Böhmwitz, Wahl einer Kommission.
11. Kenntnisnahme von Ueberschreitung des Etats an Armenpflegekosten und Bewilligung der Kosten im besonderen Falle der Witwe Ernst.
12. Bewilligung einer Entschädigung an die Beisitzer des Mietseinigungsamts.

Ramslau, den 2. Dezember 1921.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
Hirsch.

Zur bevorstehenden Einschaltung

empfehle

Beleuchtungskörper gediegenster u. modernster Ausführungen

meines großen Lagers.

Reichhaltige Auswahl in

Kronleuchtern, Zugkronen, Seiden-Ampeln, Tisch- und Kipplampen pp. | Taschenlampen u. sonstige Kleinbeleuchtungs-Artikel solidester Konstruktionen.

A. Sosnitza, Ingenieur-Büro

Fernsprecher 22. Ramslau Klosterstraße 6.

Namsl. Ortsverband für Leibesübungen.
Heut abend 8 Uhr
Vertreter-Versammlung
in Grimms Gasthof.

Reichsv. ehem. Kriegsgefang.
Sonntag, den 4. Dezbr., nachm. 2 Uhr bei Jacob, Schützenstr.
Versammlung
wozu alle „Heimkehrer" eingeladen werden.

T. V. N.
Beisammensein
3. 12. ausfällt.

Spielkarten
empfiehlt O. Opitz.

Vorteilhafte

Weihnachts-Angebote!

Damen-Taghemd	aus gutem Wäschestoff 53.— 45.—	33.00	Herren-Taghemd	aus kräftig Hemdentuch . . . . . 98.—	75.00
Damen-Beinkleid	Knieform, m. Bogen-Stickereieinsatz 46.—	39.50	Herren-Oberhemd	mit Piqué-Einsatz 150.—	128.00
Damen-Untertaille	aus gutem Renforcé 27.50 26.50	24.50	Herren-Normalhemd	68. 45.	28.50
Damen-Nachtjacke	aus gutem Köperbarchend . . .	46.50	Herren-Beinkleid	48. 28.	12.75
Damen-Kamisol	beste wollgemischte Qualität . . . 56.50	44.50	Herren-Sportkragen	bunt und weiß 13.	9.75
			Herren-Serviteurs	bunt und weiß 9.75	4.75

Reinwollne Schals ⊠ Kunstseidene Kragenschoner ⊠ Sportgamaschen

Weiße Servierschürzen mit Stickerei 22.50 36.75
bunte Zierschürzen 23.50 35.50
Hemdentuch von 18.75 an

Winter-Mäntel
148.00 210.00
aus reinwollenem Flausch
375.00 450.00 595.00
für Kinder
59.50 95.00 und höher

Damen-Strumpf 16.50 7.85 11.75
Herren-Socken 8.25 11.00 5.25 12.25
Barchend für Unterröcke 13.75 12.75
Barchend für Hemden 18.75 16.75

Reinwollene gestrickte Jacken 325.00 298.00 270.00
Reinwollene gestrickte Jacken mit Schal u. Mütze (Garnitur) 395.00
Reinwollene gestrickte Kimonos in sehr aparten Farben 165.00
Flanell-Blusen aus guten warmen Stoffen 139.50 89.00 44.50
Röcke aus guten Stoffen, modern verarbeitet 99.00 89.00 56.00

Astrachan-, Seal-Plüsch-, Krimmer-, Affenhaut-Mäntel
Teppiche Gardinen Läuferstoffe Bettvorleger

Albert Bielschowsky

Weihnachts-Aufträge
Aufnahmen sowie Vergrösserungen etc. rechtzeitig erbeten.
Photographisches Atelier
Gebr. Girwert,
Langestraße 4. Am Landratsamt.
Aufnahmen auch abends bei elektr. Bogenlicht

Parfüms
Toilette-Seifen
Haarwässer
Mundwässer
Hautcrems
Rasierapparate
Kämme Bürsten
Zahnbürsten
Nagelpflege
Oscar Tietze
Germania-Drogerie.

Ich kann Ihnen nur empfehlen,
Ihren Weihnachtsbedarf in Zigarren, Zigaretten und Tabaken, sowie sämtlich. Rauchutensilien
schon jetzt einzudecken!
Noch finden Sie die größte Auswahl zu alten Preisen und in bekannter Güte in der
Raucher-Quelle
Inhaber: Gustav Gaul, Wilhelmstr. 8. Tel. 183.

Ausführungen von elektrischen Beleuchtungs- u. Motorenanlagen,
:: Lieferung von Elektromotoren ::
Beleuchtungskörpern und Lampen, sow. Ausführungen von Reparaturen von Beleuchtungs- u. Motorenanlagen übernimmt preiswert unter Garantie
A. Menzel, Installationsmeister
Installationsgeschäft Ramslau.
Wilhelmstraße Nr. 2. Fernruf 305.

Krankenkassen- An- u. Abmeldebogen
Buch- und Papierhandlung O. Opitz.

Nebst 2 Beilagen.